ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
66.(81.) JAHRGANG
FEBRUAR 2013

blz

Die Hattie-Studie

Forschungsbilanz zu den Ursachen von Lernerfolg

KITA & HORT
SCHWIERIGER SEITENEINSTIEG

GEWERKSCHAFT
WIR STREIKEN

SCHULE
VOM BEAMTEN ZUM ANGESTELLTEN

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ... 3-5

TITEL

Die Hattie-Studie *Ulrich Steffens / Dieter Höfer* ... 6
Kleine Klasse – fürs Lernen ohne Bedeutung? *Christoph Baumann* ... 9

SOZIALPÄDAGOGIK

Ausstieg wegen Unterfinanzierung *Interview R. Kluge / T. Zadow* ... 10

KITA & HORT

Seiteneinstieg nicht geschafft *Christiane Weißhoff* ... 12

SCHULE

»Ich bitte um Entlassung aus dem Schuldienst« *Arne Ulbricht* ... 13
Wir feiern die Verschiedenheit *Tom Erdmann* ... 14

RECHT & TARIF

Die Zeichen stehen auf Arbeitskampf *B. Jung / H. Dehring* ... 16
Kurzmeldungen ... 18

LEHRERINNENBILDUNG

Geteiltes Leid *Laura Pinnig* ... 20
Belastungen im Referendariat *Interview mit Bianca Adami* ... 21

GLOSSE

Ameisenhaufen *Gabriele Frydrych* ... 22

GEWERKSCHAFT

Mein Streiktagebuch *Christoph Wälz* ... 24
7.500 auf der Rolle *Hartmut Schurig* ... 26
Filmankündigung *Kultur-AG* ... 27

BÜCHER

Reihe Literaturgeschichte(n) *Klaus Will* ... 30
Die Gruppe 47 *Klaus Will* ... 30
Pi mal Daumen *N.N.* ... 31
Entdecke, was Dir schmeckt *Dagmar Pliefke* ... 31

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 32

5 POST AN DIE REDAKTION Die Buchbesprechung »Informationen zum Thema Inklusion« hat heftige Reaktionen ausgelöst. Wir dokumentieren die teilweise recht langen Entgegnungen.

10 SOZIALPÄDAGOGIK Weil der Senat zu wenig bezahlt, erwägt der freie Träger *Tandem Schulhilfe* den Ausstieg. Ein Gespräch über die prekäre Lage bei den SchulhelferInnen.

20 LEHRERINNENBILDUNG Die Schule in Spandau, Kita und Wohnung in Treptow und dann als Alleinerziehende im Referendariat, geht das überhaupt? Laura Pinnig hat ein Teilzeitmodell entwickelt, das diese Probleme löst: Ein Jahr das eine Fach, im nächsten das andere.

TITEL: MELLIMAGE/FOTOLIA.COM, UNTEN: GEW, MITTE: KLASSEDESIGN/FOTOLIA, OBEN: S. SCHINDELIN/PIXELIO

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Ricardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 2/2013: 23.800

LEUTE

Detlef Wulff ist 2011 nach jahrelangem Einsatz für den VBE dort ausgetreten und in die GEW BERLIN eingetreten. Er hat es nicht bereut. In einer Mail an die GEW-Vorsitzenden schreibt er, es tue ihm sehr gut, dass er »in der GEW – über die sachlichen Auseinandersetzungen hinaus – so etwas wie Solidarität, Teamgeist, vor allem Wertschätzung und auch so etwas wie Geborgenheit erfahren durfte«. Was wiederum den Vorsitzenden sehr gut tat, die sich bei ihm für seinen unermüdlichen und kreativen gewerkschaftlichen Einsatz bedankten.

Arne Ulbricht will kein Beamter sein. Der Lehrer aus Nordrhein-Westfalen hat um die Entlassung aus dem Beamtenstatus in den Angestelltenstatus gebeten. Die Gründe dafür erläutert er in einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, den wir auf Seite 13 dokumentieren. Inzwischen dürfte auch sein Buch »Lehrer – Traumberuf oder Horrorjob« erschienen sein. Das Buch sei sowohl ein leidenschaftliches Plädoyer für ein einheitliches Schulsystem als auch eine kämpferische Polemik gegen das Elend der Verbeamtung, heißt es in der Verlagsankündigung.

Gabriele Frydrych hat auch ein Buch herausgebracht, ihr nun schon drittes! Es hat den Titel »Die Dümmsten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden!« und enthält wieder Glossen rund ums Schulleben. LeserInnen der *blz* kennen natürlich schon einen Teil der Glossen, die zum Wiederlesen und Verschenken nun auch als Buch für nur 11,90 Euro erhältlich sind. »Humor ist die hohe Schule des Schreibens, und die Rektorin dort heißt Gabriele Frydrych«, meint beispielsweise Andrej Priboschek, Chefredakteur von *Forum Schule*.

Kazim Erdogan ist Anfang Dezember 2012 mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet worden. Der Neuköllner Aktivist vom Verein *Aufbruch Neukölln* gründete die erste Gesprächsgruppe für türkischstämmige Männer, ist Initiator der »Woche der Sprache und des Lesens« und zahlreicher anderer Initiativen. Im GEW-Fortbildungsprogramm bietet Erdogan seit einiger Zeit das Seminar »Sensibilisierung von Eltern mit Migrationshintergrund« an.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Personalmanagement besteht nicht nur aus Zahlen

Der Senat muss endlich umsteuern

von Klaus Schroeder, Vorsitzender Hauptpersonalrat Land Berlin

In der Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen den Parteien CDU und SPD ist der Personalabbau der laufenden Legislaturperiode festgelegt: Die Bezirke sollen 1,3 Prozent ihrer Stellen streichen, die Senatsverwaltungen 3,1 Prozent. Zielgröße sind 100.000 Vollzeitstellen im gesamten Öffentlichen Dienst; 20.000 davon in den Bezirken und 80.000 in den Senatsverwaltungen.

Das soll Personalmanagement sein? Geht das überhaupt, wenn gleichzeitig Stellen abgebaut werden sollen? Sollten wir uns unter diesen Bedingungen überhaupt auf eine entsprechende Diskussion einlassen? Denn die steigende Personalbedarfslage in den kommenden Jahren in den Bezirken und der Hauptverwaltung macht deutlich, dass unbedingt gegengesteuert werden muss, um dem drohenden Personalmangel zu entgehen: Die Bezirke werden durch Altersabgänge im Jahr 2016 nur noch über 70 Prozent des heutigen Personals verfügen. Die Senatsverwaltungen werden 2016 durch altersbedingtes Ausscheiden nur noch über 73 Prozent des heutigen Personals verfügen. Und im Bildungsbereich reduziert sich das Personal durch die Pensionierungswelle bis 2016 um rund 30 Prozent.

Das zeigt deutlich, dass weitere Stellenstreichungen die Situation noch erheblich verschärfen würden. Richtig wäre es, jetzt Einstellungen über den unmittelbaren jährlichen Ersatzbedarf hinaus vorzunehmen und alle geeigneten Auszubildenden landesweit in abgesicherte Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Die bestehenden prekären Arbeitsverhältnisse müssen sofort zurückgefahren werden. Um qualifiziertes Personal zu halten, muss der Normalfall wieder das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis sein.

Es ist Unsinn, dass bei der Auswahl der BewerberInnen langjährige Berufserfahrung den Ausschlag gibt, dass aber diese Erfahrungen hinterher bei der Stufenzuordnung nach TV-L keine Rolle mehr spielen sollen. Das demotiviert die Betroffenen ungemein. Aber auch die Interessen der älter werdenden Beschäftigten müssen besser berücksichtigt werden, indem neue Instrumente zur Gestaltung alternsgerechter Arbeitsbedingungen entwickelt und eingeführt werden. Dazu gehören Altersermäßigungen für Lehrkräfte, Altersteilzeitregelungen oder Ähnliches (und zwar ohne das die anderen Beschäftigten zusätzlich belastet werden). Solche Regelungen müssten eigentlich überall selbstverständlich sein.

Dies alles gehört zu einer guten und vernünftigen Personalentwicklung, einem vernünftigen Personalmanagement, das auch die Beschäftigtenvertretungen und ihre Gewerkschaften verbindlich mitgestalten können. Ein Personalmanagement, das nur aus den üblichen Kennzahlen zur Einsparung besteht, ist kein Personalmanagement, sondern allenfalls eine recht phantasielose Rechenleistung. Der Hauptpersonalrat setzt sich deshalb ein für eine Rahmendienstvereinbarung zum Personalmanagement, die diese Punkte berücksichtigt und die noch in diesem Jahr umgesetzt wird. Denn wir wissen: »Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.«

Übergabe der Online-Petition gegen den geplanten Betrug bei den Arbeitszeitkonten am 8. Januar im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Rolle mit den ausgedruckten Unterschriften wurde aus 150 A4-Seiten zusammengeklebt. Siehe Bericht auf Seite 26.

FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Elterliche Schulwahl verschärft Probleme

Die elterliche Schulwahl verschärfe die Trennung von Kindern nach Herkunft, stellt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) fest. Der SVR-Forschungsbereichs belegt dies anhand deutschlandweiter Studien und einer eigenen Analyse von Berliner Schul- und Einwohnerdaten für 108 Grundschulen von vier Berliner Innenstadtbezirken. Danach haben 21,3 Prozent der Grundschulen einen Zuwandereranteil, der mehr als doppelt so hoch ist wie der Anteil unter den 6- bis 12-Jährigen im dazugehörigen Schulbezirk. Da die tatsächliche Qualität einer Schule häufig nicht in Erfahrung gebracht werden könne, würden viele Eltern den Zuwandereranteil als Indiz für das Lernumfeld und das Leistungsniveau nehmen. Dies bestätige auch die Auswertung von mehr als 900.000 Zugriffen auf Online-Schulportraits in Berlin und Sachsen, wonach der Zuwandereranteil am häufigsten nachgefragt werde. Mehr unter www.svr-migration.de (Forschungsbereich/Publikationen November 2012).

Laut einer Umfrage unter den zwölf Berliner Bezirksschulämtern gehe jedes dritte Kind in Berlin nicht an die Grundschule im Einzugsgebiet, sondern an eine andere Schule. Am stärksten sei dieses Verhalten in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln, wo mehr als 40 Prozent der Kinder von »ihrer« Grundschule abgemeldet werden.

Ausbildung für viele Jugendliche kein Zuckerschlecken

Die Ausbildungssituation zahlreicher junger Menschen in Berlin und Brandenburg ist kein Zuckerschlecken: Zwei Drittel müssen regelmäßig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen; mehr als 70 Prozent haben zum Ende der Ausbildung keine Übernahmegarantie und knapp die Hälfte der befragten Auszubildenden muss mit weniger als 500 Euro im Monat auskommen. Für ihren siebten Ausbildungsreport hat die DGB-Jugend 2.440 Jugendliche aus beiden Bundesländern befragt, die in mehr als 50 verschiedenen Berufen qualifiziert werden. Aber trotz des drohenden Fachkräftemangels seien immerhin noch mehr als 3.000 junge Menschen in Berlin und Brandenburg ohne Ausbildungsplatz. Der DGB Berlin-Brandenburg forderte die Unternehmen auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen, da nicht einmal jeder vierte Betrieb ausbilde. Jugendliche mit besonderen Lernbedürfnissen müssten speziell gefördert werden, diese Möglichkeiten seien noch zu wenig bekannt. Ferner drücke der schlechte Ausstattungsstandard etlicher Berufsschulen auf das Niveau der Ausbildung, beklagte der DGB.

Eltern verweigern Sprachstandsfeststellung ihrer Kinder

2.122 Einladungen zur Sprachstandsfeststellung wurden im Jahr 2012 verschickt, aber lediglich 633 Kindern kamen, das sind knapp 30 Prozent. Von den getesteten Kindern erhielten 317 einen Bescheid mit der Auflage zur verpflichtenden Sprachförderung, 157 davon sind dem nicht nachgekommen. Das teilte die Senatsbildungsverwaltung als Antwort auf eine Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus mit. Bei der Aufforderung zur Teilnahme an der Sprachstandfeststellung und an der vorschulischen Sprachförderung handele es sich um Verwaltungsakte, die auch mit Zwangsmittel durchgesetzt werden könnten. Dies sei aber Sache der bezirklichen Schulämter, weswegen der Senatsverwaltung keine Zahlen darüber vorliegen. Von den im vergangenen Jahr getesteten Kindern hatten 51,6 Prozent Förderbedarf.

Aktuelle Kurznachrichten im Internet

Ein Teil dieser sowie andere aktuelle Nachrichten sind auf der Internetseite der GEW BERLIN unter Aktuelles/ kurz und bündig zu finden: www.gew-berlin.de

Beitragsquittung 2012

Die Beitragsquittung 2012 für das Finanzamt wird auch dieses Jahr wieder mit der Februarausgabe der Bundeszeitschrift Erziehung und Wissenschaft verschickt. Bitte gleich herausnehmen und aufbewahren. Prüft bitte, ob die persönlichen Daten noch stimmen, und teilt Änderungen der GEW BERLIN mit. Auf dem Mitgliedsausweis befindet sich eure Mitgliedsnummer, die ihr beispielsweise für den Zugang zu Mitgliederinformationen auf der Internetseite der GEW BERLIN benötigt. Wer keine Zeitung bekommen oder sie versehentlich entsorgt hat, kann sich aber auch unter www.gew-berlin.de im Mitgliederbereich die Bescheinigung für das Finanzamt ausdrucken. Der Zugang erfolgt hier über die Mitgliedsnummer.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

SenioRita in der *Dezember-blz 2012*

Beim Durchblättern der blz Nr.12 traf mich fast der Schlag. »Beerdigungen sind die Partys der Alten.« Was soll das denn? Es fehlt nur noch die Werbung für den Bestatter. Das würde der GEW sogar noch Geld einbringen. Wenn wir verstorbenen Mitgliedern die letzte Ehre erweisen, tun wir das nicht, um alte Bekannte zu treffen »Berta, stirb endlich!« ist genauso geschmacklos wie die Karikatur in der SenioRita blz Nr. 9 von 2009. Etwas mehr Sensibilität kann man wohl erwarten. Außerdem möchte ich nicht, dass in der nächsten blz mein Name auf einer Oldie-Liste steht. Wir sind in der GEW Berlin mehr als 2.200 Ruheständler. Ein Motiv auch im Ruhestand weiterhin Mitglied der GEW zu bleiben ist die Solidarität mit den jungen Kollegen. Deshalb zeichnen wir auch seit Jahren in einer Feierstunde Ruheständler aus, die schon 50 Jahre, bzw. 60 Jahre Mitglied der GEW sind. Ich erwarte, dass man auch in der blz mit uns Alten respektvoll umgeht.

Lieselotte Claußnitzer, Mitglied des Seniorenausschusses

Die Buchbesprechung von Richardo Zeh zum Buch von Bernd Ahrbeck in der Dezember- blz 2012 hat zu einer Reihe von Reaktionen geführt.

Leserbrief von Hans Wocken zur Buchbesprechung

Unter dem harmlos-neutralen Titel »Informationen zum Thema Inklusion« hat die *blz* (Heft 12, 2012; Autor Richardo Zeh) eine wohlwollende Rezension des Buches von Bernd Ahrbeck »Umgang mit Behinderung« publiziert, die zum Widerspruch herausfordert. Die Rezension folgt bereitwillig und zustimmend der Argumentation von Bernd Ahrbeck und greift bevorzugt und einseitig aus seiner Schrift solche Passagen auf, die sich kritisch gegen Inklusion wenden.

• *Beispiel a: blz:* »K. Heller, einer der kenntnisreichsten empirischen Bildungsforscher Deutschlands, stellt dort fest: ›Die immer wieder aufgewärmte Behauptung, wonach in begabungs- und leistungsheterogenen Lerngruppen und Einheitsschulen eine Minderung der Leistungsunterschiede bei gleichzeitiger Verbesserung der Leistungsförderung aller möglich sei, ist empirisch widerlegt.‹ Dieser Satz stammt aus einem Zeitungsartikel (!) und ist nicht etwa die Quintessenz einer empirischen Studie. Heller ist ein empirisch arbeitender Schulpsychologe und keineswegs ein kenntnisreicher Bildungsforscher, der selbst Schulversuche wissenschaftlich begleitet hätte. Er residiert in München und ist wie das Bayerische Kultusministerium dem gegliederten Schulwesen verpflichtet.

• *Beispiel b:* Die *blz* zitiert ohne Beleg die Studie von Haeberlin: »Bei einer Stichprobe von 1.800 SchülerInnen, die leistungsheterogene Regelklassen besuchten, ergab sich mit ungewöhnlicher Eindeutigkeit, dass schulleistungsschwache Schüler signifikant zu den unbeliebtesten Schülern gehören.« Dass in dieser Studie die integrierten lernbehinderten Schüler in den kognitiven Bereichen mit ungewöhnlicher Eindeutigkeit den separierten behinderten Schülern überlegen waren, bleibt unerwähnt. Wissenschaftlich redlich ist eine derart einseitige Rezeption nicht.

• *Beispiel c:* Die *blz* greift schließlich auch Ahrbeck's Kritik an Wocken unwidersprochen auf: »Der überzeugte Inklusionsbefürworter H. Wocken, der den Hamburger Schulversuch wissenschaftlich begleitete, stellt fest: ›Die Negativbilanz der integrativen Regelklassen ist in der Summe der Fakten bestürzend: weniger gymnasiale Empfehlungen, keine Reduktion von Sonderschulüberweisungen, durchgängiger Leistungsrückstand der integrativen Regelklassen.‹ Anschließend wird dann aber die Inklusion befürwortet, was den neutralen Beobachter irritiert. Auch Bernd Ahrbeck kann dieses Paradoxon nicht überzeugend erklären. Er vermutet, die unbedingte Teilnahme und Gemeinsamkeit aller Kinder gelte den Anhängern der Inklusion als ein übergeordneter Wert, hinter dem alle kritischen Einwände zurückzustehen haben.« Diese selektive Rezeption eines Aufsatzes von mir ist eher peinlich, sowohl für Ahrbeck als auch für die *blz*. Woran könnte es liegen, dass Ahrbeck sich das nicht erklären kann? Erstens: Ahrbeck hat den Aufsatz nicht ganz gelesen! Ich schließe das mal aus. Zweitens: Ahrbeck hat den Aufsatz nicht ganz verstanden. Ich traue Ahrbeck eine hinreichende Intelligenz zu und schließe auch diese Erklärung aus. Drittens: Ahrbeck intendiert eine bewusste Diskriminierung von Wocken. Dies muss ich wohl vermuten.

Ahrbeck schreibt: »Dennoch mutiert diese ungünstige Entwicklung [der Schulleistungen in Integrativen Regelklassen; H.W.], die in Wockens Augen zweifelsfrei belegt ist, zu einem randständigen Phänomen. Sie wird in Kauf genommen, sorglos und ohne Bedauern. Tapfer beharrt Wocken darauf, dass es nicht das Ziel von Integration und Inklusion sei, Behinderungen abzuschaffen« (Seite 45). Mit anderen Worten. Wocken ist in den Augen von Ahrbeck ein Inklusionspädagoge, der empirische Fakten achtlos in den Wind schlägt und hirnlos, »sorglos und ohne Bedauern« aus ideologischer Borniertheit »tapfer« weiter für Inklusion plä-

Fortsetzung auf Seite 28

ÜBRIGENS

Das Frühjahr beginnt, wie das alte aufgehört hat, mit tollen Aktionen unserer Gewerkschaft. Die Onlinepetition gegen die Abschaffung der Arbeitskonten war erfolgreich und der Warnstreik in den Schulen fand große Resonanz. Weitere Kampfmaßnahmen werden folgen müssen.

Wir freuen uns, dass wir so viele LeserInnenbriefe zur Besprechung des Buches »Der Umgang mit Behinderung« von Bernd Ahrbeck erhalten haben. Das Buch behandelt das Thema Inklusion, und an diesem Thema scheiden sich ja die Geister. Vielleicht können die vielen LeserInnenbriefe der Startschuss für eine erneute rege Diskussion zum Thema Inklusion sein?

Zum Schluss möchten wir alle ermutigen, bei den Arbeitskampfmaßnahmen nicht nachzulassen. Wir wünschen euch weiterhin viel Mut und Kraft dafür. Uns wünschen wir, dass wir neue weibliche Redaktionsmitglieder finden. In diesem Sinne »Vorwärts immer – Rückwärts nimmer«. *AK*

Redaktionsschluss blz 5/2013: 5. April 2013
Redaktionsschluss blz 6/2013: 3. Mai 2013

Die Hattie-Studie

Forschungsbilanz zu den Ursachen von Lernerfolg

von Ulrich Steffens und Dieter Höfer, Institut für Qualitätsentwicklung in Wiesbaden

Vor drei Jahren wurde eine Studie veröffentlicht, die inzwischen eine Popularität erreicht hat, die die großen internationalen und nationalen Vergleichsuntersuchungen in den Schatten stellen könnte. Die Forschungsbilanz von John A. C. Hattie zur Wirksamkeit von Lehren und Lernen trägt den Titel »Visible Learning. A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement« und ist 2009 in englischer Sprache erschienen; eine Übersetzung ins Deutsche ist geplant. Für die folgende Kurzdarstellung muss aus der Fülle der Befunde eine einschneidende Auswahl getroffen werden. Hinweise zur weiteren Befassung mit der Hattie-Studie findet man in der Literaturliste am Ende des Artikels.

Der besondere Ruf der Forschungsbilanz liegt in ihrer Einzigartigkeit: Erstmals wird eine Forschungsarbeit über das breite Spektrum von 138 Einflussfaktoren zum Lernerfolg vorgelegt und der Versuch einer Gesamtschau aller 50.000 Studien unternommen, die es zu diesen Einflussfaktoren gibt.

FOTO: GERT BUTZKE

Obwohl Hattie – nach eigenem Bekunden – an der Forschungsbilanz 15 Jahre gearbeitet hat, war eine Auswertung so vieler Studie nur möglich, indem die zentralen Ergebnisse einzelner Studien zu einem bestimmten Untersuchungsgegenstand (z. B. zum Sitzenbleiben oder zu den Hausaufgaben) erfasst und miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Hattie konnte auf 815 solcher sogenannten »Metaanalysen«, denen die erwähnten 50.000 Studien zugrunde liegen, zurückgreifen. Die Untersuchungsmethode der Metaanalyse ist nicht unproblematisch. Deshalb dürfen auch die methodischen Einschränkungen bei dieser Vorgehensweise nicht übersehen werden. Mitbedacht werden muss auch, dass Hattie nur Untersuchungen in englischer Sprache ausgewertet hat, die sich meistens auf anglo-amerikanische Schulsysteme beziehen. Insofern lassen sich die Forschungsergebnisse nicht immer in direkter Weise auf deutschsprachige Schulsysteme übertragen.

Die Synopse der Metaanalysen ordnet Hattie nach den Untersuchungsbereichen Elternhaus, Lernende, Schule, Curriculum, Lehrende und Unterricht. Die vorliegende Darstellung konzentriert sich auf den Untersuchungsbereich Unterricht (49 Faktoren, 365 Metaanalysen) und auf die Befunde, die in der Fachöffentlichkeit je nach Sichtweise überrascht oder enttäuscht aufgenommen, zu Widerspruch herausgefordert sowie zu Kontroversen geführt haben.

Primat der »Direkten Instruktion«

Hattie meint, dass die »Direkte Instruktion« zu Unrecht einen schlechten Ruf hat, da doch alle Forschungsbefunde zeigen, wie wirksam sie ist. Ein Wesenszug der Direkten Instruktion ist die lehrerzentrierte Lenkung des Unterrichtsgeschehens. Die Lehrperson ist in allen Lernprozessen präsent; man könnte auch sagen, dass sie die Klasse und den Unterricht entschlossen leitet. Ein solcher Unterricht darf nicht mit einem fragengeleiteten Frontalunterricht verwechselt werden. Er ist vielmehr sehr anspruchsvoll und eröffnet den Schülerinnen und Schülern vielfältige Lerngelegenheiten, über deren Nutzung und Nutzen die Lehrperson »wacht«. Sie übernimmt sozusagen Verantwortung dafür, dass und wie gelernt wird. Die sieben Schritte der »Direkten Instruktion« sind nach Hattie

- klare Zielsetzungen und Erfolgskriterien, die für die Lernenden transparent sind,
- die aktive Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler in die Lernprozesse,
- das genaue Verständnis der Lehrperson, wie die Lerninhalte zu vermitteln und zu erklären sind,
- die permanente Überprüfung im Unterrichtsprozess, ob die Kinder und Jugendlichen das Gelernte richtig verstanden haben, bevor im Lernprozess weiter vorangegangen wird,
- das angeleitete Üben unter der Aufsicht der Lehrperson,
- die Bilanzierung des Gelernten auf eine für die Lernenden verständliche Weise, bei der die wesentlichen Gedanken in einen größeren Zusammenhang eingebunden werden, und
- die praktische, wiederkehrende Anwendung des Gelernten in verschiedenen Kontexten.

Aus diesen Schritten lässt sich ein Unterrichtsarrangement herauslesen, das durch Strukturierung, Regelklarheit und Klassenführung, durch eine kognitive Aktivierung mit Blick auf die »Tiefenstrukturen« beim Lernen sowie durch evaluative Lehr- und Lernhaltungen gekennzeichnet ist. Lernen in diesem Sinne ist dann erfolgreich, wenn es dem Lernenden gelingt, über die Ebene neuer Wissensinformationen (»surface«) hinauszukommen und ein Verständnis zugrunde liegender Zusammenhänge (»deep«) zu erreichen, das seinerseits in bereits vorhandene Theoriekonzepte (»conceptual«) sinnvoll integriert werden kann. Diese Einflussgrößen reihen sich ein in den aktuellen Erkenntnisstand der Lehr-Lern-Forschung, beispielsweise in die von Klieme und anderen (2006) zusammengestellten »Basisdimensionen« des Unterrichtens:

- strukturierte, klare und störungspräventive Unterrichtsführung
- unterstützendes, schülerorientiertes Sozialklima
- kognitive Aktivierung

Rückkehr der »Kuschelpädagogik«?

Der Beziehungsaspekt beim Lernen wird von Anhängern leistungsorientierter Unterrichtsmilieus häufig unterschätzt und als »Kuschelpädagogik« generell in Frage gestellt. Dabei bedürfen Strukturierung, Regelklarheit, Klassenführung und kognitive Aktivierung auch immer der Flankierung durch eine positive Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden. Aus der Hattie-Studie geht der Aufbau und die Pflege einer persönlichen Beziehung zu Schülerinnen und Schülern als ein ganz entscheidender Einflussbereich des Lernerfolgs hervor. Man könnte hier von einem Lernklima sprechen, das die Qualität der Interaktion im Klassenzimmer betrifft. Das sind zum einen berufsbezogene Auffassungen und Haltungen der Lehrpersonen im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die ein Lernklima im Sinne sozialer Erwartungskontexte erzeugen. Dazu zählen etwa Zuwendung, Empathie,

DISKUSSION DER HATTIE-STUDIE

Die *blz* hat zur Hattie-Studie im Februar-Heft 2012 den Artikel »Auf den Lehrer kommt es an« von Michael Felten abgedruckt, den wir der *Zeit* vom 3. November 2011 entnommen hatten. Jetzt ist in der *Zeit* vom 3. Januar 2013 ein weiterer Artikel dazu erschienen: »Ich bin superwichtig!« von Martin Spiewak: »Ein neuer Name geht um in der Pädagogik. Man liest ihn in Aufsätzen und hört ihn in Vorträgen. Einige der wichtigsten deutschen Schulforscher kommen ohne ihn nicht mehr aus. Und schon bald, das sei prophezeit, werden es alle sein. Vom ›Hattie-Faktor‹ und vom ›Hattie-Ranking‹ ist die Rede«, berichtet Spiewak ganz begeistert.
Unter www.zeit.de findet man beide Artikel

FOTO: PRIVAT
Ulrich Steffens

FOTO: PRIVAT
Dieter Höfer

Ermutigung, Respekt, Engagement und Leistungserwartungen. Zum anderen geht es um das soziale Miteinander im Klassenzimmer, um Zusammenhalt, Toleranz, gegenseitige Hilfe und positive Schüler-Lehrer-Beziehungen. Ein solches Unterrichtsklima beeinflusst den Lernerfolg wirksam. Kinder und Jugendliche müssen sich angenommen fühlen und müssen spüren, dass ihnen etwas zugetraut wird. In Klassen mit personenzentrierten Lehrerinnen und Lehrern gibt es mehr Engagement, mehr Respekt gegenüber sich selbst und anderen, weniger abweichendes Verhalten, mehr schülerinitiierte und selbstregulierte Aktivitäten und mehr fachliche Lernerfolge. Als Konsequenz fordert Hattie von Lehrerinnen und Lehrern, dass sie sich um die Lernprozesse jedes Einzelnen sorgen sollten:

»See their perspective, communicate it back to them so that they have valuable feedback to self-assessment, feel safe, and learn to understand others and the content with the same interest and concern.« (Hattie 2009, S. 119)

Auf die Mischung kommt es an

Für Hattie steht außer Frage, dass ein aktiver und von Lehrkräften gelenkter Unterricht effektiver ist als ein Unterricht, bei dem die Lehrenden als Lernbegleiter und Lernunterstützer nur indirekt in das Geschehen eingreifen: »Only minimal guidance (…) does not work« (Hattie 2009, S. 243). Bei einer solchen »direkten Instruktion« steht die Lehrperson im Zentrum des Geschehens: Sie initiiert und situiert die Lernsequenzen und sorgt für eine effektive und störungsarme Klassenführung, für ein anregungsreiches Lernklima und für kognitiv aktivierende Lernaufträge, Aufgabenstellungen und Erklärungen. Ein solcher Unterricht ist offenen Lernmethoden (entdeckendes, problemorientiertes, induktives, außerschulisches, forschendes oder experimentierendes Lernen) im Hinblick auf Fachleistungen überlegen.

Ein gutes Unterrichtsklima ist wichtig für den Unterrichtserfolg. FOTO: VEIT METTE

Wenn Schülerinnen und Schüler selbst bestimmen können, was sie wann, wie, wo und mit wem lernen, dann dürfen orientierende Hilfestellungen nicht fehlen. Gerade schwächere Schülerinnen und Schüler kommen mit offeneren Lernkontexten weniger klar, weil ihnen dazu die kognitiven »Landkarten« zur Selbstorganisation der Lernprozesse fehlen. Insofern gelten offene Lernarrangements, in denen die Lernenden auf sich gestellt sind, als voraussetzungsreich und können deshalb sicherlich nicht als »Königsweg« unterrichtlicher Prozesse angesehen werden. Dies anzusprechen, kommt in reformpädagogischen Kreisen einem Tabubruch gleich, doch die gute pädagogische Absicht allein hilft nicht weiter. Deshalb sollte uns der Hattie-Befund auf Gefahren offener Lernkontexte hinweisen und zumindest eine Warnung sein, die Voraussetzungen eines offenen Unterrichts nicht zu unterschätzen. Reformpädagogische Konzepte erreichen offenbar nicht im Selbstlauf die erforderlichen Tiefenstrukturen des Verstehens komplexer Zusammenhänge. Ihre Vielseitigkeit stellt dennoch ein wesentliches Element eines methodisch differenzierten Unterrichts dar. Daher kann es nicht darum gehen, die verschiedenen Unterrichtsformen gegeneinander auszuspielen, weil sie – je nach Zielsetzung – ihre jeweilige Berechtigung haben. Worauf es vielmehr ankommt, ist ihr angemessenes Verhältnis zueinander.

Mit den Augen der Lernenden

Viele Befunde über erfolgreiches Lehren und Lernen waren unbestritten schon vor der Hattie-Studie bekannt, erfuhren aber durch die breite empirische Grundlage der Metaanalysen in eindringlicher Weise eine neuerliche Bestätigung. Das besondere Verdienst Hatties ist allerdings darin zu sehen, dass er über diese Basisdimensionen hinaus noch eine weitere zentrale Verhaltenskomponente in das richtige Licht rückt, die »formative Evaluation«. Darunter kann man sich eine systematische Nutzung aller zugänglichen Informationen vorstellen, die Auskunft über Lernmöglichkeiten, Lernstand, Lernprozesse und Lernerträge der Schülerinnen und Schüler liefern. Das können ganz kleine Informationsbestandteile sein, z. B. hinsichtlich noch bestehender Schwächen und Stärken in einer Lernsequenz, oder Ergebnisse aus Lernstandsgesprächen mit Kindern und Jugendlichen, kleine Leistungstests oder Klassenarbeiten, aber auch systematisch generierte Daten im Rahmen standardisierter Erhebungen. Feedback darf nicht mit Lob und Tadel verwechselt werden, die weitgehend wirkungslos sind. Vielmehr muss ein Feedback Informationen zu den nächsten Lernschritten enthalten. Die Lernenden erhalten vom Lehrenden ein Feedback über ihren Lernstand, andererseits geben sie als Lernende dem Lehrenden ein entsprechendes Feedback.

Auf diese Weise wird verständlich, was Hattie meint,

wenn er schon im Titel des Buchs »Visible Learning« davon spricht, dass sich Lehrkräfte darüber im Klaren sind, was einzelne Schülerinnen und Schüler denken und wissen, dass sie sich in die Lernprozesse hineinversetzen und diese in der Perspektive der Schülerinnen und Schüler wahrnehmen können sollen und dass sie vor diesem Hintergrund Lernprozesse aktiv gestalten können: *»If the teacher's lens can be changed to seeing learning through the eyes of students, this would be an excellent beginning.«* (Hattie 2009, S. 252) Lehrerinnen und Lehrer, die sich als Lernende ihrer eigenen Wirkungen verstehen, sind hinsichtlich der Lernprozesse und Lernerfolge von Schülerinnen und Schülern die einflussreichsten. Diese evaluative Orientierung, die beständige Beobachtung des eigenen Handelns im Sinne einer Selbstwirksamkeitsprüfung scheint der zentrale Eingangsschlüssel für Hatties Haus der Pädagogik zu sein. ■

Aus: HLZ, Zeitschrift der GEW HESSEN, Dezember 2012

LITERATUR

John A. C. Hattie (2009): *Visible Learning. A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement. London & New York: Routledge.*

Eckhard Klieme, Frank Lipowsky, Katrin Rakoczy und Nadja Ratzka (2006): *Qualitätsdimensionen und Wirksamkeit von Mathematikunterricht. Theroetische Grundlagen und ausgewählte Ergebnisse des Projekts »Pythagoras«. In: Manfred Prenzel und Lars Allolio-Näcke (Hrsg.): Untersuchungen zur Bildungsqualität von Schule. Abschlussbericht des DFGSchwerpunktprogramms. Münster: Waxmann, S. 127-146.*

Olaf Köller und Jens Möller: *Was wirklich wirkt: John Hattie resümiert die Forschungsergebnisse zu schulischem Lernen. In: Schulmanagement-online.de 4/2012, S. 34-37.*

Ulrich Steffens und Dieter Höfer: *Zentrale Befunde aus der Schul- und Unterrichtsforschung. In: SchulVerwaltung, Ausgabe Hessen/ Rheinland-Pfalz, Heft 10/2011, S. 267-271, und Heft 11/2011, S. 294-298*

Ewald Terhart: *Hat John Hattie tatsächlich den Heiligen Gral der Schul- und Unterrichtsforschung gefunden? In: Edwin Keiner u.a. (Hrsg.): Metamorphosen der Bildung. Bad Heilbrunn 2011, S. 277-292*

Kleine Klasse - fürs Lernen ohne Bedeutung?

Was in der Hattie-Studie fehlt

Christoph Baumann, GEW Hessen

Hattie hat lediglich festgestellt, dass in den von ihm ausgewerteten Untersuchungen kein signifikanter Einfluss der Klassengrößen auf die Ergebnisse von Schulleistungsstudien nachgewiesen wurde. Der Einfluss einer Verringerung der Klassengrößen auf die Schülerleistungen wurde dagegen nicht erforscht. Zudem bezieht sich Hattie auf Untersuchungen aus den achtziger und neunziger Jahren. Neuere Untersuchungen zeigen ein anderes Bild. So belegt eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse durch die unabhängige American Educational Research Association (AERA-Studie 2003) langfristig positive Wirkungen kleiner Klassen mit 13 bis 17 Kindern an Grundschulen. Der Effekt war bei sozial benachteiligten Kindern doppelt so stark ausgeprägt wie bei Kindern aus sozial nicht benachteiligten Schichten. Auch die 1996 begonnene Londoner Class-Size-Studie bestätigte den positiven Effekt kleiner Klassen insbesondere bei Kindern aus ungünstigeren sozioökonomischen Verhältnissen.

Für Personalräte ist ein weiteres Argument für kleine Klassen von besonderer Bedeutung: In allen Belastungsstudien zur Lehrerarbeit spielt der Faktor »Klassengröße« eine zentrale Rolle Die TALIS-Studie, bei der Lehrkräfte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt wurden, belegt ihre Unzufriedenheit mit der Größe der Klassen (OECD: Teaching and Learning International Survey (TALIS). Paris 2009). Die Potsdamer Studie zur Lehrergesundheit von Arold, Schaarschmid und anderen zeigt ein ähnliches Bild: Die Klassenstärke rangiert auf einer Fünfer-Skala ganz oben auf Platz 2 der Belastungsfaktoren und zwar nach dem »Verhalten schwieriger Schüler« und noch vor der »Höhe der zu erteilenden Stundenzahl«. In dieser Einschätzung sind sich die Lehrkräfte einig, unabhängig davon, ob es sich bei den Befragten um einen aktiven oder eher resignierten Lehrertypus handelt. In einer ähnlich angelegten Studie der Freiburger Universitätsklinik wird die Klassenstärke sogar als der von Lehrkräften am stärksten erlebte Belastungsfaktor ermittelt. Der GEW-Hauptvorstand hat eine Broschüre mit dem Titel »Kleine Klassen – große Klasse« veröffentlicht (Download: www.gew.de, Suche: Kleine Klassen). ■

Ausstieg wegen Unterfinanzierung

Die Träger der SchulhelferInnen fordern einen höheren Etat

Ein Gespräch zwischen den Betriebsräten René Kluge und Thomas Zadow

Tandem Schulhilfe (TandemSH) und Autismus Deutschland, Landesverband Berlin e.V. stellen 99 Prozent der SchulhelferInnen und haben einen entsprechenden Kooperationsvertrag mit der Senatsbildungsverwaltung geschlossen. Seit Jahren verhandeln die freien Träger mit dem Senat, um tarifgerechte Gehälter zahlen zu können und um einen auskömmlichen Regiekostenteil. Diese Verhandlungen sind bisher erfolglos geblieben, was jetzt dazu geführt hat, dass wegen der Unterfinanzierung ein Träger ganz aus der Schulhilfe aussteigen will. Die ohnehin schlecht bezahlten SchulhelferInnen werden dann auch noch eine Kündigung verkraften müssen. Über die aktuelle Situation sprechen René Kluge, Betriebsratsvorsitzender bei Autismus Deutschland und Thomas Zadow, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei *TandemSH*.

ZADOW: Im Sommer letzten Jahres sah es so aus, als würde sich an unserer Bezahlung bei *Tandem* etwas in Richtung TV-L bewegen. Die Senatsbildungsverwaltung hatte eine Erhöhung vorgesehen und der Fachausschuss des Abgeordnetenhauses einer Etaterhöhung um 200.000 Euro zugestimmt. Doch im Herbst hat sich herausgestellt, dass im Hauptausschuss festgeschrieben worden war, das Geld für zusätzliche Einsatzstunden auszugeben, aber nicht für Lohnanpassung. In den Schulen angekommen sind letztlich nur knapp 50.000 Euro. So werden wir auf absehbare Zeit weiter nach dem BAT von 2001 bezahlt. Wie läuft es bei *Autismus Deutschland*?

KLUGE: *Autismus Deutschland* bezahlt inzwischen nicht einmal mehr das. Seitdem der Vorstand uns Ende 2011 neue Arbeitsverträge vorgelegt hat, gibt es keine Anlehnung an den BAT mehr. So fallen auch die Steigerungen nach Lebensaltersstufen weg, es werden nur Festgehälter gezahlt. Für neue KollegInnen liegen diese noch einmal rund acht Prozent unter BAT VIb. Trotzdem hat der größte Teil der Belegschaft unterschrieben, auch weil in den Verträgen auf eine baldige Überleitung in den TV-L verwiesen wird. Aber wie du schon gesagt hast, ist das mit der letzten Senatsentscheidung erst einmal in weite Ferne gerückt. Zumindest waren die neuen Verträge der Grund dafür, dass wir wieder einen Betriebsrat gegründet haben.

ZADOW: Wie viel KollegInnen seid ihr eigentlich? Bei uns arbeiten knapp 500 SchulhelferInnen.

KLUGE: Bei uns sind es knapp 100 SchulhelferInnen und etwa 50 KollegInnen in anderen Bereichen wie zum Beispiel Wohneinrichtungen.

ZADOW: Ihr habt doch auch eine Geschäftsleitung? Bei uns ist diese zwar wegen der viel zu geringen Regiemittel extrem klein, sie sucht aber das Personal aus und organisiert den Einsatz in den Schulen, es gibt monatliche Teamtreffen, auch wenn sie sehr schlecht besucht werden, und manchmal sogar Fortbildungen.

KLUGE: Bei uns schließt die Geschäftsführung im Wesentlichen die Verträge und zahlt die Gehälter. Personalauswahl findet durch die AmbulanzlehrerInnen in den Schulen statt – mehr an Regie gibt es nicht.

ZADOW: Das ist ja noch extremer als bei uns. Eigentlich müssten laut der Verwaltungsvorschrift für Schulhelfer auch die Stunden- und Vertretungspläne durch die Träger erstellt werden.

Eigentlich unverzichtbar für die Inklusion, aber schlecht bezahlt: SchulhelferInnen. FOTO: KIKKERDIRK – FOTOLIA

KLUGE: Stimmt! Der Regiekostenanteil scheint mit fünf Prozent dafür aber viel zu gering zu sein. Teamtreffen und Fortbildungen gibt es bei uns auch nicht.

ZADOW: Ich habe es einmal überschlagen. Wegen der schlechten Bezahlung und der geringen Stundenzahl ist die Fluktuation hoch. Über 700 MitarbeiterInnen hat *TandemSH* im Laufe eines Jahres, rund 1000 Verträge werden abgeschlossen. Pro Vertrag erhält *TandemSH* auf das Jahr verteilt etwa 300 Euro Regiekosten. Von diesem Geld werden ein Geschäftsleiter, eine Prokuristin, eine Verwaltungsangestellte, zwei Personalstellenkräfte, ein IT-Beauftragter und eine volle Stelle Betriebsrat bezahlt. Hinzu kommen noch die Sachmittelkosten.

KLUGE: Bei uns haben wir keinen Einblick in die Details der Wirtschafts- und Personalverwaltung. Die Finanzierung muss aber ähnlich prekär sein wie bei euch. Denn der Vorstand hat angekündigt, dass zum 31. Juli 2013 der Bereich Schulhilfe aufgeben und der Vertrag mit dem Senat nicht mehr verlängern wird.

ZADOW: Gibt es denn bei euch schon irgendwelche Überlegungen, wie es weitergehen soll?

KLUGE: Nicht dass ich wüsste. Im Gespräch ist die Nichtverlängerung ja schon seit Ende 2011, weil der Senat sowohl eine bessere Bezahlung für uns, als auch die Erhöhung der Regiemittel verweigert. Das gefährdet nun die Arbeitsplätze von 100 KollegInnen. Wenn keine Anschlusslösung gefunden wird, sitzen die ab August 2013 auf der Straße, weswegen der Betriebsrat sich auch gegen diese Teilschließung ausgesprochen hat.

ZADOW: Wir hatten auch davon gesprochen, uns der Kündigungsdrohung anzuschließen. Bei uns würde es allerdings die Auflösung der Firma bedeuten. Euer Verein hat ja noch andere Aufgabenenfelder. Bei euch würden nur die SchulhelferInnen die Leidtragenden sein.

KLUGE: Und die Kinder! Gerade autistische Kinder sind auf vertraute Bezugspersonen angewiesen. Da kann nicht mal kurz das Personal gewechselt werden. Das wäre eine Katastrophe!

ZADOW: Also Ausgründung oder Übernahme durch einen anderen Träger?

KLUGE: Zu den gleichen miesen Bedingungen?

ZADOW: Stimmt, wir haben mit unserer Geschäftsleitung auch schon über die Situation gesprochen und sind gemeinsam der Meinung, dass es nicht sein darf, dass euch jetzt einfach *TandemSH* übernimmt und es für alle bei den schlechten Bedingungen bleibt.

KLUGE: Statt im Rahmen der Inklusionsdebatte ein vernünftiges Rahmenkonzept für den Bereich Betreuung/Schulhilfe zu schaffen, wurschteln Senatsverwaltung und Inklusionsbeirat vor sich hin. Wir brauchen aber eine konzeptionell durchdachte und sanfte Überleitung der Schulhilfe in ein neues Betreuungssystem (Schulassistenz) in Inklusionsschulen. Dabei müssen alle Beteiligten einbezogen werden, ob bei freien Trägern oder im öffentlichen Dienst. Und die KollegInnen müssen endlich angemessen bezahlt werden! ■

Prekäre Verhältnisse!

FOTO: BERT BUTZKE

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen.

Informationen und Bestellung unter www. gew-berlin.de/4681.htm.

Siehe Seite 17

Seiteneinstieg nicht geschafft

Hohe Durchfallerquote bei der NichtschülerInnenprüfung

Christiane Weißhoff im Gespräch mit Ulrike Burgwinkel vom Deutschlandfunk

In Berlin hat 2011 nur jede vierte QuereinsteigerIn in den Erzieherberuf die Prüfung geschafft. Die Zahlen werden 2012 nach aller Wahrscheinlichkeit auch nicht besser sein. Dies ist für Christiane Weißhoff vom Vorstand der GEW BERLIN eine Bestätigung, dass eine gute ErzieherInnenausbildung nicht umsonst drei Jahre dauert.

ULRIKE BURGWINKEL: 31 aus 129 – nein, das ist kein neues Lotteriespiel, sondern eine Quote. Von 129 zur Prüfung zugelassenen Personen haben 31 Kandidaten bestanden. Es handelt sich um Quereinsteiger und Arbeitssuchende, die sich als Erzieher qualifizieren wollten und sollten über eine NichtschülerInnenprüfung. Frau Weißhoff, die Durchfallerquote ist sehr hoch, da würde sich jede LehrerIn schämen. Worin sehen Sie die Ursachen?

WEISSHOFF: Die Ausbildung zur Erzieherin und auch die Tätigkeit einer Erzieherin sind ja sehr komplex und sehr anspruchsvoll und erfordert eine gründliche, umfassende Ausbildung. Das sehen wir bei der NichtschülerInnenprüfung als nicht gegeben, weil sie Menschen verleiten könnte, zu denken, sie haben die entsprechende Fachkenntnis und brauchen einfach nur eine Prüfung abzulegen. Aber die Prüfungsergebnisse zeigen uns, dass diese KollegInnen nicht richtig vorbereitet werden auf die Tätigkeit einer ErzieherIn. Nicht umsonst gibt es eine dreijährige Erzieherinnenausbildung. Die Voraussetzungen, um diesen Beruf zu erlernen, sind zudem noch sehr gestiegen. Aber das Bild in der Öffentlichkeit ist, dass der Beruf der ErzieherIn mal einfach nebenbei mit einer Umschulung zu bewältigen ist. Wir von der GEW BERLIN fordern dagegen, dass der Beruf der ErzieherIn attraktiver gestaltet werden muss, damit mehr Menschen diesen Beruf erlernen.

BURGWINKEL: Vielleicht sollten wir noch mal ganz kurz sagen, NichtschülerInnenprüfung bedeutet, dass man auch ohne eine dreijährige Ausbildung einfach sagen kann, so, vielleicht auch nach einem Lehrgang von nur einem Jahr, ich glaube, ich kann das, ich mache jetzt mal die Prüfung.

WEISSHOFF: Genau. Es gibt ja Regelungen für die Prüfung, man muss eine Facharbeit schreiben, das müssen alle, die eine Teilzeit- oder eine Vollzeitausbildung machen und eben auch die NichtschülerInnen. Sie müssen ein Kolloquium aufgrund dieser Facharbeit absolvieren, es gibt schriftliche und mündliche Prüfungen, und da sind natürlich die Anforderungen genauso hoch wie bei der ErzieherInnenausbildung. Wenn nicht genügende Fachkenntnisse vorhanden sind, ist es nicht möglich, diese Prüfung zu bestehen.

BURGWINKEL: Was Sie kritisieren, trifft sich ja natürlich mit der GEW-Kritik an der vollkommen überhasteten Rekrutierung von Erziehern. Welche Möglichkeiten würden Sie denn vorschlagen?

WEISSHOFF: Es muss verstärkt für den Beruf der ErzieherIn geworben werden. Die Länder müssen diesen Beruf mehr in den Fokus ihrer Bemühungen nehmen, um junge Leute dafür zu begeistern, und natürlich müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Das fängt mit der Bezahlung an und endet mit der Attraktivität der Arbeitsbedingungen. Ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wird man keine guten Leute für die dreijährige Berufsausbildung und für diesen Beruf gewinnen können.

BURGWINKEL: Sie müssen aber trotzdem irgendwo eine Eignung nachweisen, das heißt, sie müssen, selbst wenn sie Fachhochschulreife haben, mindestens ein Jahr einen Kurs belegen, bevor sie die Prüfung ablegen können. Und so ein Kurs kostet ja auch so ungefähr 5.000 Euro, wird von der Arbeitsagentur bezahlt – das wäre ja dann auch sozusagen, wenn weiterhin so viele Prüflinge durchfallen wie 2011, eher rausgeschmissenes Geld.

WEISSHOFF: Es muss genau analysiert werden, woran es gelegen hat, dass die Menschen die Prüfung nicht bestanden haben. Und da wird man sicher merken, dass gerade die praktischen und theoretischen Grunderfahrungen nicht ausgereicht haben.

BURGWINKEL: Möglicherweise wird aber auch dem einen oder anderen Arbeitssuchenden nahegelegt, sich doch mal zu überlegen, diesen Beruf zu ergreifen?

WEISSHOFF: Ja, das denke ich auch, dass die Arbeitsagenturen gerade jetzt, wo es in sozialen Berufen einen Mangel gibt, verstärkt versuchen, das den Arbeitssuchenden nahe zu legen. Deshalb versuchen sie ja auch Angebote für Arbeitslose zu entwickeln, um sie in diesen Bereichen vermitteln zu können. Aber dann bleibt die Frage nach der Eignung der Arbeitssuchenden. Wie wird das festgestellt, dass jemand dafür geeignet ist? Und vielleicht werden auch Menschen in solche Maßnahmen reingepresst, die eigentlich meinen, dass das nicht der richtige Beruf für sie ist. Also ich denke, da muss noch mal genauer hingeschaut werden und auch die Frage gestellt werden: »Wer ist von der Person her geeignet für den Beruf der ErzieherIn«. Das ist nicht ganz unwichtig.

»Ich bitte um Entlassung aus dem Schuldienst«

Wie es einem Lehrer geht, der nicht mehr Beamter sein möchte

von Arne Ulbricht, Lehrer an einem Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen

Ich habe eine Odyssee durch den bundesdeutschen Bildungsföderalismus hinter mir – an sechs Schulen in drei Bundesländern habe ich als Krankenvertretung unterrichtet. Kurz vor meinem 40. Geburtstag war es so weit: Ich wurde verbeamtet. Doch die Freude war zweigeteilt. Auf der einen Seite standen meine Verwandten, meine Bekannten, meine Kollegen und der Rest der Welt. »Toll, dass du noch verbeamtet worden bist!«, hörte ich. Natürlich gibt es Gründe, sich über eine Verbeamtung zu freuen. Die Vorzüge sind offensichtlich. Man ist quasi unkündbar. Man bezahlt nicht in die Rentenkasse ein, verdient dadurch mehr als angestellte Lehrer und erhält später trotzdem eine höhere Altersversorgung, und man ist dank der Beihilfe günstig privat krankenversichert.

Trotzdem stand ich einsam und allein auf der anderen Seite. Die Wahrheit war: Hätte meine Direktorin mir nicht einfach die Ernennungsurkunde hingelegt, hätte ich darum gebeten, ein Lehrer im Angestelltenverhältnis bleiben zu dürfen. Und zwar aus Gründen, über die sonst niemand nachzudenken scheint.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2001 entschieden, dass die Treuepflicht der Beamten über der allgemeinen Meinungsfreiheit steht. Nun ist es normal, dass Arbeitnehmer ihre Arbeitgeber nur bedingt kritisieren dürfen. Dass verbeamtete Staatsdiener aber einen solchen Eingriff in ein eigentlich unantastbares Grundrecht hinzunehmen haben, geht weit über die arbeitsrechtlichen Einschränkungen des gewöhnlichen Arbeitnehmers hinaus. Gerade Lehrer sollten jedoch politische Menschen sein, die einen solchen Eingriff nicht einfach so akzeptieren; das Argument, dass dies meist keine Relevanz hat, sollte hier nicht zählen. Das ist der eine Grund, warum ich nicht Beamter sein will.

Eine Straße in Kiel. Ob das eine Sackgasse ist? FOTO: WIKIPEDIA

Der andere ist, dass die Bekämpfung der (Alters-)Armut eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein sollte. Warum aber sollten dann Staatsdiener vergleichsweise hohe Pensionen bekommen, obwohl sie nicht einen einzigen Cent in eine Pensionskasse eingezahlt haben? Staatsdiener, die einen Eid auf die Verfassung leisten, sollten sich im Gegenteil aktiv an der allgemeinen Altersvorsorge beteiligen.

Und dann gibt es noch einen dritten Grund: Ob man verbeamtet oder nur angestellt wird, hängt auch vom Ergebnis des untersuchenden Arztes im Gesundheitsamt ab. Das Argument des Staates ist, dass die durch Frühpensionierungen entstehenden Folgekosten, die sich aus gesundheitlichen Problemen ergeben könnten, zu hoch seien. Bei korpulenteren Kollegen kann es also vorkommen, dass sie nicht verbeamtet werden. Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet der Staat, der nach dem Gleichheitsgrundsatz handeln sollte, dicke Menschen benachteiligt. Wie sollen wir Lehrer denn darauf reagieren, wenn ein dickes Kind in einer Klasse gemobbt wird, wenn der Staat mit derart schlechtem Beispiel vorangeht? Lehrer, die Schüler zur Toleranz erziehen sollen, sollten der Verbeamtung nicht nacheifern, ohne diese Regelungen kritisch hinterfragt zu haben.

Ein Lehrer, der mit dreißig seine Verbeamtungsurkunde auf Lebenszeit überreicht bekommt, kann ein großartiger Lehrer sein. Aber oft weiß er nicht, was es bedeutet, nur angestellt zu sein. Er musste sich nie mit seinen Arbeitnehmerrechten beschäftigen, sich nie fragen, ob er nun Kündigungsschutz genießt oder nicht. Aber wir bereiten die Schüler

auf den Dschungel vor, zu dem sich nicht nur der globalisierte, sondern längst auch der nationale Arbeitsmarkt entwickelt hat. Es wäre sinnvoller, das nicht von einem Beamtenpodest aus zu tun.

Fragt man Lehrer, warum ihnen die Verbeamtung wichtig ist, lautet das Argument in der Regel nicht: »Als Lehrer übt man eine hoheitliche Tätigkeit aus, und die Verbeamtung ist die Belohnung für die Loyalität, zu der man sich durch Eid verpflichtet.« Die Antwort lautet meist: »Ich will Sicherheit!« Dass diese Art der von oben verordneten Sicherheit eine Zwangssicherheit ist, wird dabei vergessen. Als ich neulich erfuhr, dass eine Kollegin beabsichtigt, von Nordrhein-Westfalen nach Hamburg zu ziehen, empfahl ich ihr sofort eine private Abendschule. Doch sie sagte gleich: »Ich bin verbeamtet. Da kann ich doch nicht an eine Privatschule gehen.«

Genau das ist das Problem. Je länger man die Vorzüge der Verbeamtung genießt, desto schwieriger wird es, um Entlassung zu bitten. Man entscheidet sich oft mit dreißig Jahren für den beruflichen Stillstand. Aber wer weiß schon, ob er nach zwanzig Jahren Lehrerdasein nicht doch Lust auf einen beruflichen Neuanfang bekommt– als Kunstlehrerin zum Beispiel eine Galerie zu eröffnen und noch einmal ein Wagnis eingehen? Doch eine Selbständigkeit nach der Verbeamtung, das könnte ja riskant sein. Also bleibt man Lehrer, obwohl man auf diesen Beruf schon lange keine Lust mehr hat. Das geht auf Kosten der Kollegen. Und, noch schlimmer, auf Kosten der Schüler. Die Sicherheit ist inzwischen für junge Menschen zu einem Argument geworden, Lehrer zu werden. Das Problem dabei: Der Lehrerberuf ist ein anspruchsvoller, oft harter Beruf. Die Sicherheit sollte nicht das erste, sondern sie sollte das letzte oder gar kein Argument sein, diesen Beruf zu wählen. Auch deshalb kann die Lebenszeitverbeamtung zu einem bildungspolitischen Eigentor werden.

Man entscheidet sich oft mit dreißig Jahren für den beruflichen Stillstand.

Nachdem ich über all das nachgedacht hatte, stand mein Entschluss fest. Ich wollte nicht die Verbeamtung im Grunde für falsch halten und trotzdem verbeamtet bleiben. Die Direktorin war erstaunlich entspannt, als ich sie informierte. Sie wisse allerdings nicht, was man nun tun müsse, denn: So ein Fall sei ihr nicht bekannt. Am Ende stellte sich heraus, dass ich, wenn ich im Schuldienst zu bleiben beabsichtige, »um Umwandlung des Beamtenstatus in ein Angestelltenverhältnis« bitten müsse. Das tat ich. Ich bekam daraufhin ein Schreiben, dass ich nun doch »um Entlassung aus den Schuldienst« bitten müsse – in meinem Fall aber, so hieß es dort, sei eine Weiterbeschäftigung als Tarifangestellter möglich. Also ein Anruf: Was bedeutet das? Die erleichternde Antwort: Sie können Lehrer bleiben. Kurz vor Weihnachten schrieb mir die Bezirksregierung Düsseldorf, die Entlassungsurkunde sei gefertigt und liege bei der Dezernentin zur Unterschrift vor. Man werde Kontakt mit mir aufnehmen, »sobald sowohl die Entlassungsurkunde als auch der neue Arbeitsvertrag fertig gestellt und unterschrieben sind«.

Viele meiner Kollegen sind übrigens aus Leidenschaft Lehrer. Wenn sie die Verbeamtung richtig finden, dann sollen sie glücklich sein. Ich konnte das nicht, ich bin es jetzt – auf dem Weg zur Entamtung. ■

Genehmigter Nachdruck aus der Süddeutschen Zeitung vom 29. Dezember 2012. © Süddeutsche Zeitung GmbH

Wir feiern die Verschiedenheit

Eine stadtpolitische Konferenz der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus zum Thema Inklusion

von Tom Erdmann, Pressesprecher der GEW BERLIN

Anfang Dezember 2012 diskutierten Interessierte, Betroffene und Experten das Thema »Berliner Schule – all inklusive«: Wie kann inklusive Schule gelingen?

Der Begriff »Inklusion« sorgt allerdings in den Schulen und Kitas nicht selten für Frust und Angst. Frust darüber, dass Schulen und Kitas für ihre herkömmlichen Aufgaben ohnehin bereits zu schlecht ausgestattet sind. Wie soll man dann noch mit behinderten Kindern zurechtkommen? Angst davor, an die Grenzen der eigenen Ausbildung zu stoßen. Hans Wocken von der Universität Hamburg führte in einem Inputreferat durch die Geschichte, wie mit der Vielfalt von Kindern umgegangen wurde und heute noch wird. Von Extinktion, der Vernichtung unwerten Lebens, über Segregation, der Aussortierung von Kindern an Sonderschulen, über Integration hin zur Inklusion, der Anpassung der Regelschulen an die Kinder. Dass dies keine unerreichbare Wunschvorstellung sein muss, zeigt Wocken in einem europäischen Vergleich. Während in Deutschland weniger als zwanzig Prozent der Kinder mit Behinderung eine Regelschule besuchen (Schweiz: weniger als fünf Prozent, Frankreich: dreißig Prozent), sind es in Italien weit über 99 Prozent (Schweden und Norwegen: 95 Prozent). Wocken reduziert den Inklusionsbegriff allerdings nicht allein auf Kinder mit Behinderung. In seinem Pentagramm der Vielfalt der Kinder berücksichtigt er das Geschlecht, die Ethnie, die Begabung, die Herkunft und das Alter der Kinder. Auf all diese Faktoren müsse eine inklusive Bildung Rücksicht nehmen. »Celebrate diversitiy!« Wir feiern die Verschiedenheit. Niemand käme auf die Idee, eine Buchstabensuppe zu sortieren, oder einen Strand nach Schir-

men, Handtüchern, Liegen und Badegästen zu sortieren.

Inklusion ist nicht umsonst

Doch warum können wir nicht so weitermachen wie bisher? Die Landschaft aus Eliteschulen, Regel- und Sonderschulen klappte doch gut. Außerdem ist das Bekannte mit weniger Frust und Ängsten besetzt als das Vorhaben, ein bestehendes System ohne ausreichende Finanzen umzukrempeln. Im Jahr 2008 ratifizierten Bundesrat und Bundestag einstimmig die zwei Jahre zuvor ausgehandelte UN-Behindertenrechtskonvention. »Wenn die sich damals der Konsequenzen bewusst gewesen wären, glaube ich nicht, dass diese Abstimmung nochmal so einstimmig abgelaufen wäre«, sagt Wocken. Neben einem verschmitzen Lachen ist auch ein wenig Ernüchterung in seiner Stimme zu hören. Wocken ist sich durchaus bewusst, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist, und rechnet vor, was ein solches Schulsystem benötigt. Ein Mehrpädagogensystem aus Lehrkräften, AssistentInnen, Eltern und anderen HelferInnen sollen dem inklusiven Lernen zum Erfolg verhelfen. Über die genauen Summen müssen sich die BildungspolitikerInnen mit den Finanzverantwortlichen streiten. Als Zielmarke setzt er eine Inklusion von 80 Prozent der SchülerInnen mit Behinderung in den Regelschulen.

Praxisbeispiele

Gabriela Anders-Neufang, Schulleiterin der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule im Prenzlauer Berg, erläutert, wie dort Kinder in der Grundstufe in JüL-Klassen 1/2/3 sowie 4/5/6 lernen. Dabei legen alle Beteiligten Wert darauf, dass sie die Kinder bis zum Schulabschluss begleiten und es für jedes Kind ein passendes Lernangebot gibt. Die Gemeinschaft trägt dazu bei, mehr Chancengerechtigkeit unabhängig vom Elternhaus herzustellen. Alle am Schulleben Beteiligten begegnen sich auf Augenhöhe und übernehmen Verantwortung für sich und andere. An einigen Beispielen erklärt Anders-Neufang, wie individuelles Lernen mit unterschiedlichen Lernangeboten funktionieren kann. Der Raum als dritter Pädagoge und Lernbüros stehen im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Dies stellt eine völlig neue Form des Lehrens und Lernens dar, als die meisten es aus ihrer Ausbildung kennen. Die engagierte Schulleiterin berichtet allerdings auch von einigen Rückschlägen. So meldeten vor Kurzem Eltern ihr behindertes Kind ab, weil sie ihren behinderten Sohn an der Humboldt-Gemeinschaftsschule trotz der besten Bedingungen und guter Ausstattung nicht bestmöglich gefördert sahen. Dies war übrigens das einzige Mal, dass sie das Wort »behindert« in den Mund nahm.

Diskussionsrunde

Moderiert von Elke Breitenbach, inklusionspolitische Sprecherin der Linksfraktion, stellten sich Akteure der Berliner Bildungspolitik den Fragen des Publikums: Christina Emmerich, Lichtenberger Stadträtin und Mitglied im Beirat für Inklusion, Regina Kittler, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Mark Rackles, Staatssekretär für Schule und Robert Giese, Sprecher des Netzwerkes Gemeinschaftsschule. Neben Lehrkräften kamen auch Eltern zu Wort und berichteten von Problemen ihrer Kinder an den Schulen. So könnten gehbehinderte Kinder gar nicht jede Schule besuchen, weil viele nicht barrierefrei seien. Staatssekretär Rackles äußerte allerdings Zweifel darüber, ob jede Schule wirklich über einen Fahrstuhl verfügen müsse. Elke Breitenbach meinte dagegen, dass es nur eine Schule gäbe, die keinen Fahrstuhl brauche – und zwar die Schule mit nur einer Etage. Als ein großes Problem beschrieb Christina Emmerich die Begrenzung der Mittel für sonderpädagogische Förderung an den Regelschulen seit 2009. Es werde nicht berücksichtigt, dass sich seitdem die Zahl der SchülerInnen mit Behinderung dort verdoppelt hätte. Für Robert Giese ist das neue Antragsverfahren bei der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs problematisch: Die willkürlich gesetzte Antragsfrist November und die vielen und langen Formulare hätten wohl nur den Zweck, die Zahl der Anträge möglichst klein zu halten. Rackles zeigte Verständnis für die »frustralen Effekte im integrativen Bereich« und wartete mit einer kleinen Überraschung auf: In die Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2014/15 ab Januar werden Forderungen im hohen zweistelligen Millionenbetrag für die Umsetzung der Inklusion eingebracht. Man darf gespannt sein, was daraus wird. ■

Anzeige
Stellenausschreibung

Referentin/Referent für Bildungspolitik (Schule)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, stellt zum 1.6.2013 eine Referentin/ einen Referenten für Bildungspolitik (Schule) ein.

Voraussetzungen sind ein wissenschaftlicher Hochschulabschluss und mehrjährige Unterrichtserfahrung in der allgemeinbildenden Schule. Erwartet werden die Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft, überdurchschnittliche Belastbarkeit sowie die weitgehende Übereinstimmung mit den bildungs- und gesellschaftspolitischen Zielen der GEW und des DGB. Kenntnisse der (Berliner) Schullandschaft und im Schulrecht sind erwünscht.

Zu den Aufgaben gehört die Erarbeitung von Stellungnahmen und Konzeptionen im Bereich Schule (einschließlich berufsbildender Schule), die Beratung und Betreuung von Mitgliedern in schulrechtlichen und pädagogischen Belangen, die Organisation und Durchführung von Fachtagungen sowie die Kooperation mit sozialpädagogischen Arbeitsbereichen bei der Entwicklung des Ganztagsangebotes in der Berliner Schule. Die Tätigkeit als Referent/in schließt ehrenamtliche Mitarbeit in den entsprechenden Vorstandsgremien der GEW BERLIN in begrenztem Umfang ein.

Wir bieten eine unbefristete Vollzeitstelle auf der Basis einer 37-Stunden Woche, eine angemessene Vergütung entsprechend GEW-Tarif und umfangreiche soziale Leistungen.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Schicken Sie diese bitte bis zum 10. April 2013 nur schriftlich an die GEW BERLIN, z. Hd. des Geschäftsführers, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Die Bewerbung von Menschen mit Migrationshintergrund ist besonders erwünscht.

Die Zeichen stehen auf Arbeitskampf

Berliner Besonderheiten bei den bundesweiten Tarifverhandlungen im Frühjahr 2013

von Bärbel Jung und Holger Dehring, Mitglieder der Tarifkommission

Die GEW BERLIN hat entschieden, Tarifauseinandersetzungen auf zwei Ebenen zu führen. Einerseits wird sich die GEW BERLIN sehr stark in die Tarifrunde 2013 einbringen und andererseits sich auf Berliner Ebene für eine Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen für angestellte Lehrkräfte und für ErzieherInnen stark machen. Die Tarifrunde 2013 für die Landesbeschäftigten (mit Ausnahme der hessischen Landesbeschäftigten) im öffentlichen Dienst wird am 31. Januar 2013 beginnen. Es handelt sich hierbei um eine bundesweite Tarifauseinandersetzung. Die Berliner Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind unmittelbar von dieser Tarifauseinandersetzung betroffen, denn seit dem 1. Januar 2013 ist das Land Berlin wieder Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Worüber wird verhandelt?

Bei den Tarifverhandlungen geht es um eine Eingruppierungsregelung für angestellte Lehrkräfte und um eine Erhöhung der Entgelte im Bereich des TV-L. Die Gewerkschaften fordern 6,5 Prozent. Diese Forderung orientiert sich an dem Tarifabschluss des TVöD für die Beschäftigten der Kommunen von 2012. Die Laufzeit soll nicht mehr als ein Jahr betragen. Außerdem geht es um die Dauer des Urlaubs. Die Arbeitgeber haben die bisherige tarifliche Urlaubsregelung zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Sie wollen eine neue Urlaubsregelung in die Tarifverhandlungen einbringen. In Berlin hat die Senatsfinanzverwaltung bei den Beschäftigten mit einem Rund-

FOTO: G. ALTMANN/PIXELIO

schreiben für großen Ärger gesorgt: Danach soll für das Jahr 2013 der Urlaubsanspruch – sofern er über 26 Tage hinausgeht – nur noch unter Vorbehalt gewährt werden. Tatsache ist jedoch, dass die alte tarifliche Regelung, auch wenn sie gekündigt wurde, nachwirkt. Das gilt definitiv für Mitglieder der tarifschließenden Gewerkschaften (also GEW, verdi, GdP, IG BAU), wenn sie einen Arbeitsvertrag haben, der vor dem 1. Januar 2013 abgeschlossen wurde. Bis zum Abschluss einer neuen tariflichen Regelung gilt für diese der alte tarifliche Anspruch weiter. Eine Gewährung unter Vorbehalt – wie von der Senatsverwaltung für Finanzen in dem Rundschreiben formuliert – gibt es im TV-L nicht. Die GEW BERLIN empfiehlt deshalb, den Urlaub in vollem Umfang zu beantragen.

In Arbeitsverträgen, die ab dem 1. Januar 2013 neu abgeschlossen werden, soll der Urlaubsanspruch 26 Arbeitstage (bei einer Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Tage) bis zum Abschluss einer neuen tariflichen Regelung betragen. In der Tarifrunde 2013 wird das Thema Urlaub deshalb auch eine große Rolle spielen. Für die GEW und die anderen Gewerkschaften ist klar: Wir wollen keine Verschlechterung der Urlaubsregelungen für die Beschäftigten!

Verhandlungen auf Berliner Ebene

Ende November 2012 hat die GEW BERLIN den Berliner Senat aufgefordert, Tarifverhandlungen für angestellte Lehrkräfte aufzunehmen. Dabei wurde gefordert:

- tarifliche Eingruppierungsregelungen
- gleiches Einkommen von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- Arbeitsentlastungen für junge und für ältere Lehrkräfte.

Mit zwei Warnstreikrunden am 13. Dezember 2012 und am 16./17. Januar 2013 haben die angestellten Lehrkräfte dafür gesorgt, dass sich die zuständige Finanzverwaltung dazu bereit erklärt hat, Sondierungsgespräche zu führen. Das erste Gespräch fand am 23. Januar 2013 statt. Derzeit ist nicht zu erkennen, in welcher Weise der Berliner Senat bereit ist, auf unsere Forderungen einzugehen. Deshalb wird es erforderlich sein, die Auseinandersetzung zur Tarifrunde 2013 zu nutzen, um unseren Forderungen auch hierbei Nachdruck zu verleihen. In welcher Weise wir abweichend von der Tarifrunde 2013 aktiv werden müssen, bleibt abzuwarten. Wir werden uns aber nicht auf die lange Bank schieben lassen.

Am 4. Januar 2013 hat sich die GEW BERLIN an die Senatsfinanzverwaltung gewandt mit der Aufforderung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen für ErzieherInnen an den Grundschulen und sonderpädagogischen Förderzentren. Wir fordern:

- Die wöchentliche Arbeitszeit umfasst einen verlässlichen Zeitrahmen für die mittelbare pädagogische Arbeit, einschließlich von Vor- und Nachbereitungszeiten. Je Woche sind jeder Erzieherin/jedem Erzieher bei Vollzeitbeschäftigung neun Stunden (bei Teilzeit anteilig) für die mittelbare pädagogische Arbeit zu gewähren.
- Der Einsatz für unterrichtsbegleitende Tätigkeiten wird auf der Grundlage der derzeitigen Personalausstattung auf vier Stunden in der Woche begrenzt.
- Ab dem 55. Lebensjahr wird im Rahmen der Wochenarbeitszeit der Zeitumfang für die mittelbarere pädagogische Arbeit erhöht. (ab 55 Jahren um zwei Stunden, ab 60 Jahren um drei Stunden).

Eine solche Tarifregelung müsste mit dem Land Berlin abgeschlossen werden, da die meisten ErzieherInnen in den anderen Bundesländern nicht unter den TV-L fallen. Deshalb sind diese Forderungen nicht Bestandteil der bundesweiten Tarifauseinandersetzung. Sollte sich der Finanzsenator allerdings nicht bereit erklären, mit der GEW BERLIN in Verhandlungen über Regelungen der Arbeitsbedingungen von ErzieherInnen einzutreten, werden wir die (bundesweite) Tarifrunde 2013 nutzen, um auch auf diese Forderungen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen an den Grundschulen und sonderpädagogischen Förderzentren aufmerksam zu machen. Es ist klar, dass wir dafür einen langen Atem benötigen werden. Aber es ist uns sehr ernst damit, denn die Bedingungen der ErzieherInnen müssen dringend verbessert werden.

Wie geht es weiter?

Nach dem Beginn der Verhandlungen, der am 31. Januar in Potsdam stattgefunden hat, sind weitere Verhandlungsrunden für den 14./15. Februar und den 7./8./9. März angesetzt. Schon jetzt ist erkennbar, dass die Zeichen auf Arbeitskampf stehen.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

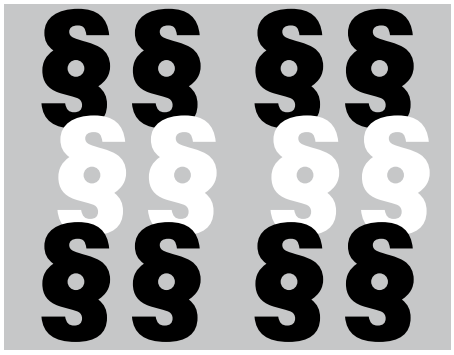
Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift



TÄTIGKEIT ALS STUDENTISCHE HILFSKRAFT ZÄHLT NICHT MIT

Im Sommer 2012 hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin-Brandenburg zugunsten eines wissenschaftlichen Mitarbeiters entschieden, der nach vier Zeitverträgen auf Entfristung geklagt hatte (Az. 15 Sa 1002/12). Die Befristung seines laufenden Arbeitsvertrages war gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) unwirksam, da die Höchstgrenze von sechs Jahren für sachgrundlos befristete Verträge überschritten wurde. Das LAG bestätigte damit das Urteil des Arbeitsgerichtes in der ersten Instanz (Az. 60 Ca 16398/11). Eine zentrale Rolle spielte dabei die Frage, ob eine knapp zweijährige Tätigkeit als studentische Hilfskraft im Zweitstudium auf die sechs Jahre anzurechnen sei. Das LAG-Urteil hat für einige Verunsicherung gesorgt, denn in seinen Leitsätzen schreibt das Gericht nur knapp: »Nach § 2 Abs. 3 Satz 1 WissZeitVG sind alle befristeten Arbeitsverhältnisse auf die Beschäftigungshöchstdauer von sechs Jahren anzurechnen. Dies betrifft somit auch Arbeitsverträge als studentische Hilfskraft.« Diese Auslegung ist aber falsch: »Zeiten einer befristeten Beschäftigung, die vor dem Abschluss des Studiums liegen, sind auf die nach Absatz 1 zulässige Befristungsdauer nicht anzurechnen.« (§ 2 Absatz 3 Satz 3 WissZeitVG). Das Arbeitsgericht hat in der ersten Instanz auch festgestellt, dass die Nicht-Anrechenbarkeit bis zum Masterabschluss reicht. Der vorliegende Fall ist dagegen nur vor dem Hintergrund des Zweitstudiums des Klägers zu bewerten, der vier Monate nach Beginn des Vertrages als studentische Hilfskraft sein Studium mit dem Magister abgeschlossen hatte. Danach schrieb er sich (formal) für ein anderes Fach ein und arbeitete weiter 80 Stunden pro Monat als studentische Hilfskraft. Für diese Tätigkeit im Zweitstudium gilt nach Auffassung der ersten Instanz der Ausschluss der Anrechnung nach dem WissZeitVG nicht. Da der Kläger mehr Stunden arbeitete, als die gesetzliche Obergrenze für die Nicht-Anrechnung (ein Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit) vorsieht, war die Tätigkeit auch vom Umfang her anrechenbar. Im Ergebnis lässt sich aus dem Urteil keine Anrechnung von studentischen Beschäftigungszeiten vor dem Studienabschluss herleiten. Studierende im Zweitstudium sollten das Urteil aber im Hinblick auf mögliche Auswirkungen einer Hilfskrafttätigkeit auf ihre späteren Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft beachten.

Matthias Jähne

Zusammengefasst aus einer gemeinsamen Information von ver.di und der GEW BERLIN.

AUSLANDSSCHULDIENST AUCH FÜR ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE MÖGLICH

Angestellte Lehrkräfte, die sich für den Auslandsschuldienst bewerben wollten, standen bisher vor dem unlösbaren Problem, dass das Bundesverwaltungsamt die Übernahme der anteiligen Sozialversicherungskosten strikt verweigerte. Diese Leistung wurde bisher nur für angestellte KollegInnen aus den »neuen« Bundesländern übernommen, Berlin zählte nicht dazu. Trotz immer wieder aufgenommener Gespräche war auch die Berliner Innen- und Finanzverwaltung nicht bereit, diese Kosten als quasi übertarifliche Leistung zu übernehmen. Nun gibt es endlich ein Einsehen auf Bundesebene, die Übernahme des Arbeitgeberanteils an der sozialen Absicherung ist im Einzelfall möglich, eine generelle Regelung für die angestellten Lehrkräfte in den »alten« Bundesländern und damit auch Berlin ist in Vorbereitung.

Ingeborg Uesseler-Gothow

DROHEN MIT DER PRESSE BRINGT RAUSSCHMISS

Droht eine Sekretärin ihrem Arbeitgeber, ein mit ihm geführtes Personalgespräch, das sie heimlich mit ihrem Handy aufgenommen hatte, über die Presse an die Öffentlichkeit zu bringen, kann sie fristlos entlassen werden. Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz entschieden Aktenzeichen: 5 Sa 687/11

MÄNNER KÖNNEN NICHT FRAUENVERTRETERIN WERDEN

Für die Wahl einer Frauenvertreterin steht Männern weder das aktive noch das passive Wahlrecht zu. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin in einem Eilverfahren entschieden. Der Antragsteller ist Richter an einem Berliner Amtsgericht. Er beantragte im November 2012 bei seiner Präsidentin das aktive und passive Wahlrecht für die bevorstehende Wahl der Frauenvertreterin. Das Gericht begründete die Ablehnung damit, dass nach dem Landesgleichstellungsgesetz wahlberechtigt und wählbar nur weibliche Beschäftigte seien. Der Antragsteller als Mann gehöre nicht zu diesem Personenkreis. Auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz könne sich der Antragsteller ebenso wenig wie auf verschiedene EU-Richtlinien gegen Diskriminierung berufen, weil auch danach eine unterschiedliche Behandlung zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten gerechtfertigt sei. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zulässig. (Beschluss vom 7. Dezember 2012 – VG 5 L 419)

WIEDER DRIN IN DER TARIFGEMEINSCHAFT

Nach fast 20 Jahren ist Berlin wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurückgekehrt. In Zukunft profitieren die Landesbeschäftigten wieder von den Tarifabschlüssen, die die Gewerkschaften mit der TdL aushandelt. Aktuell erhalten die Berliner Landesbeschäftigten nur 97 Prozent des TdL-Niveaus. Die vollständige Angleichung soll bis spätestens Ende 2017 hergestellt sein. 1994 war das Land wegen der vorgezogenen Angleichung der Ost- an die Westgehälter und der Anpassung der Arbeitsbedingungen aus der TdL ausgeschlossen worden. Anfang des Jahrtausends setzte die damalige rot-rote Lan-

desregierung Einkommensreduzierungen von durchschnittlich zehn Prozent bei verminderter Arbeitszeit durch. Dafür waren damals betriebsbedingte Kündigungen bis 2009 ausgeschlossen worden. Bei der Tarifrunde der Länder ab Ende Januar 2013, wird jetzt aber wieder für Berlin mitverhandelt. Damit ist Hessen jetzt das einzige Bundesland, das nicht der TdL angehört. Das Bundesland war 2004 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und verhandelt seither eigenständig.

NEUE KMK-VEREINBARUNG ZUR DIGITALEN VERVIELFÄLTIGUNG

Die Lehrkräfte an Schulen in Deutschland dürfen künftig urheberrechtlich geschützte Inhalte aus Büchern und Unterrichtswerken auch digital vervielfältigen und den SchülerInnen im Unterricht zugänglich machen. Darauf einigten sich die Kultusministerien der Länder mit dem Verband Bildungsmedien sowie den Verwertungsgesellschaften VG WORT, VG Bild-Kunst und VG Musikedition am 6. Dezember 2012. Künftig dürfen zehn Prozent eines Druckwerks (maximal 20 Seiten) von Lehrkräften für die Veranschaulichung des eigenen Unterrichts eingescannt, auf Speichermedien wie USB-Sticks abgespeichert und über Träger wie Whiteboards den SchülerInnen zugänglich gemacht werden. Bisher war dies nur analog, also von Papier auf Papier erlaubt. Die Regelungen im Einzelnen:

- Lehrkräfte können von Printmedien, auch Unterrichtswerken, die ab 2005 erschienen sind, bis zu zehn Prozent (maximal 20 Seiten) einscannen.
- Lehrkräfte können diese digitalisierten Materialien ebenfalls für den eigenen Unterrichtsgebrauch vervielfältigen und an ihre Schüler weitergeben, auch zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts.
- Die eingescannten Materialien können zudem für SchülerInnen ausgedruckt und auch im Unterricht über PCs, Whiteboards und/oder Beamer wiedergegeben werden.
- Die Lehrkräfte können die Scans zudem im jeweils erforderlichen Umfang auch auf ihren Speichermedien ablegen (PC, Whiteboard, iPad, Laptop). Dies umfasst auch die Speicherung auf einem für die individuelle Lehrkraft geschützten Bereich auf dem Schulserver.

Die bereits 2010 vereinbarten Grundregeln für das analoge Fotokopieren – Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG – bleiben nahezu unverändert bestehen: aus praktischen Gründen wurde lediglich der Bezugswert der »kleinen Werkteile« ebenfalls auf zehn Prozent eines Werkes neu festgesetzt.

FOTOS AUF FIRMEN-HOMEPAGE NUR MIT ZUSTIMMUNG

Arbeitgeber sind nicht berechtigt, Fotos der bei ihnen Beschäftigten ohne deren Zustimmung auf die Homepage der Firma zu stellen. So lautet ein Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt/Main. Dieser Grundsatz gilt insbesondere dann, wenn die betroffenen Beschäftigten in der Zwischenzeit aus dem Unternehmen ausgeschieden sind. Aktenzeichen: 7 Ca 1649/12

JAHRESSONDERZAHLUNG AUCH BEI UNTERBRECHUNGEN

Gute Nachricht für alle befristet Beschäftigten: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 12. Dezember 2012 entschieden, dass bei der Höhe der Jahressonderzahlung alle Arbeitsverhältnisse einzubeziehen sind, die im Kalenderjahr mit demselben Arbeitgeber bestanden haben (10 AZR 922/11). Das gilt auch, wenn das Arbeitsverhältnis im Kalenderjahr unterbrochen war. Damit hat sich die Auffassung der GEW durchgesetzt. Wer also zum Beispiel von Februar bis Juli und dann wieder ab September (bis mindestens Dezember) einen Arbeitsvertrag bei demselben Arbeitgeber hatte, muss 10/12 der Jahressonderzahlung erhalten. Anders ist es, wenn der Arbeitgeber gewechselt wurde. In dem Fall sind nur Zeiten bei dem Arbeitgeber zu berücksichtigen, bei dem das Arbeitsverhältnis am 1. Dezember des Kalenderjahres besteht. Zeiten eines Beamtenverhältnisses (beispielsweise aus dem Referendariat) finden bei der Jahressonderzahlung für Angestellte nach dem TV-L keine Berücksichtigung.

Matthias Jähne

DEUTSCH-PFLICHT AUF DEM PAUSENHOF

Im nordrhein-westfälischen Ahlen gab es einen heftigen Streit über die sogenannte Deutschpflicht auf dem Pausenhof. Schüler hatten sich gemobbt gefühlt, weil über sie in den Pausen in einer fremden Sprache gelästert wurde. Laut Bericht der *Süddeutschen Zeitung* (24. Dezember 2012) hatte daraufhin die Schulleitung ein Deutsch-Gebot erlassen und bei Verstößen Strafen angedroht. Nach Protesten türkischer Eltern dagegen habe sich die Bezirksregierung eingeschaltet mit der Weisung, dass ein »generelles Verbot, in der Muttersprache zu kommunizieren, gesetzlich unzulässig« und »pädagogisch nicht sinnvoll« sei. Vielmehr sei es Aufgabe der Schule, Mehrsprachigkeit zu fördern, etwa mit Türkisch als Fach, wird die Bezirksregierung weiter in dem Bericht zitiert. Auch laut Kultusministerkonferenz seien nur freiwillige Vereinbarungen an einzelnen Schulen denkbar.

ANZEIGE

GRIPS

Ab heute heißt du Sara ab 9. Klasse

von Volker Ludwig und Detlef Michel nach der Autobiografie »Ich trug den gelben Stern« von Inge Deutschkron

Vorstellungen
19. – 22. Februar | 6. – 8. März,
jeweils 18.00 Uhr

Tel. 030 – 39 74 74 - 77

GRIPS Hansaplatz
Altonaer Straße 22 | 10557 Berlin
U9 Hansaplatz | S Bellevue

www.grips-theater.de

GRIPS

Geteiltes Leid

Mein Plädoyer für ein Teilzeitmodell im Referendariat

FOTO: PRIVAT

von Laura Pinnig, Vorstandsbereich Hochschule und LehrerInnenausbildung

Als ich mein Referendariat begonnen habe, war mein Kind elf Monate alt. Mein Mann und ich haben damals gemeinsam beschlossen, dass unser Kind reif ist für die Kita – und ich reif bin für die Schule. So kam es, dass ich oft auf dem Spielplatz saß und mich über Ohrentropfen austauschte, während meine KollegInnen ihren Unterricht vorbereiteten. Ich glaube aber nicht, dass ich einen besseren Abschluss gemacht hätte, wenn ich mein Referendariat in Teilzeit absolviert hätte. Denn dank der tatkräftigen Unterstützung durch meinen Mann und unsere Familien wurde ich bei der Betreuung meines Kindes bestmöglich entlastet. Da hatte ich großes Glück!

Aber es darf nicht vom Glück abhängen, ob jemand einen erfolgreichen Berufsabschluss hinbekommt oder nicht! Deshalb ist es längst überfällig, für LehramtsanwärterInnen mit einem Kind unter 18 Jahren und für jene, die einen pflegebedürftigen Angehörigen im eigenen Haushalt versorgen, ein Teilzeit-Referendariat einzuführen.

Mehr Zeit fürs Kind beim Teilzeit-Referendariat.

Bekannterweise ist das Referendariat eine sehr anstrengende Zeit. Viele sprechen sogar von der »schlimmsten Zeit ihres Lebens«. Das hat viele Gründe. Besonders relevant ist sicher, dass es der letzte offizielle, der berufsqualifizierende Schritt in der Ausbildung ist. Wer hier versagt, hat umsonst studiert, kann nicht mehr LehrerIn an einer staatlichen Schule werden. Das ist für viele ein enormer psychologischer aber auch finanzieller Druck. Dazu kommen dann die (teilweise) hohen Ansprüche an die Unterrichtsbesuche, die (teilweise) schlechte Betreuung an der Ausbildungsschule und die (teilweise) weiten Wege zwischen Wohnort, Schule und Seminarstandorten. (Siehe auch Interview)

Das alles ist für viele auch ohne Kind schon eine große Herausforderung. Da leuchtet es ein, dass LehramtsanwärterInnen mit Kind und vor allem Alleinerziehende oft an ihre Grenzen stoßen. Andererseits ist der finanzielle Schaden bei einem Abbruch des Referendariats auch für den Senat groß, denn dann sind die Kosten der Ausbildung umsonst gewesen. Es ist daher auch im Interesse der Senatsbildungsverwaltung, wenn allen LehramtsanwärterInnen ein erfolgreicher Abschluss ermöglicht wird.

Doch leider wird die Forderung der GEW BERLIN und des Personalrats der LehramtsanwärterInnen (PR LAA) nach einem Teilzeitmodell für den Vorbereitungsdienst von der Senatsbildungsverwaltung seit Jahren abgewiesen. Aktuell hat Staatssekretär Mark Rackles anlässlich einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN das Teilzeit-Referendariat mit dem Argument abgelehnt, der Bezug zwischen der Seminarausbildung und dem Unterricht an den Ausbildungsschulen lasse das nicht zu, da entweder die Seminarausbildung oder der Unterricht in den Ausbildungsschulen entfallen würde oder zeitversetzt durchgeführt werden müsste. Dies diene »weder den Auszubildenden noch der Lehrerausbildung«. Ein Schlag ins Gesicht für alle LehramtsanwärterInnen, die täglich Kind und Ausbildung meistern müssen. Zumal Rackles im Gespräch mit dem PR LAA und im Ausschuss für Lehrerbildung sich wiederholt für einen Vorbereitungsdienst in Teilzeit ausgesprochen hat.

Dabei ist es durch die Modularisierung der Seminare und die Einführung einer einheitlichen Ausbildungszeit von 18 Monaten sogar einfacher, ein Referendariat in Teilzeit zu organisieren. Zusammen mit dem PR LAA habe ich ein Modell erarbeitet, das eine Reduzierung des selbstständig erteilten Unterrichts an der Ausbildungsschule auf mindestens drei und maximal sieben Stunden vorsieht. Das Referendariat würde sich so von (zukünftig) 18 auf 24 Monate verlängern. Im ersten Jahr würde die LehramtsanwärterIn am Allgemeinen und einem Fachseminar teilnehmen, deren LeiterInnen im gesamten Referendariat AnsprechpartnerInnen bleiben. Im zweiten Jahr ersetzt dann das zweite Fachseminar das erste. In welchem der beiden Studienfächer das Seminar zuerst besucht wird, wählt die LehramtsanwärterIn selber. Durch dieses Modell würden sich die Belastungen im Referendariat deutlich minimieren, denn eine Stundenreduzierung und nur ein Fachseminar bedeuten auch weniger Vorbereitung und eine phasenweise Fokussierung auf ein Unterrichtsfach. ■

FOTO: LUPO/PIXELIO

Belastungen im Referendariat

Fragen an Bianca Adami vom Personalrat der LehramtsanwärterInnen (PR LAA)

Das Interview führte Laura Pinnig

Wie viele Beratungen bearbeitet ihr durchschnittlich?

BIANCA ADAMI: Zum jeweiligen halbjährlichen Beginn des Referendariats – also Mitte August bis Mitte Oktober und Mitte Februar bis Mitte April – häufen sich die Anfragen. Das liegt unter anderem an den Fristen zum Seminarwechsel, sich einstellenden Problemen in den Seminaren, Fachseminaren und Schulen. In diesen intensiven Beratungsphasen kann es vorkommen, dass bis zu zehn Fälle parallel betreut werden. Hinzu kommen regelmäßige Anfragen, die sich leicht beantworten lassen und daher keine Fälle im eigentlichen Sinne darstellen. Auch in den Sprechstunden schwanken die Zahlen stark. Mal eine oder zwei Beratungen, dann wieder stapeln sich im Büro sechs bis acht Beratungsanfragen.

Um welche Themen geht es bei den Beratungen?

BIANCA ADAMI: In den meisten Fällen geht es um Probleme mit den SeminarleiterInnen oder der Schule. Hier wird häufig ein Wechsel der Seminare und der Schule angestrebt. Problematisch wird es, wenn die Fristen schon abgelaufen sind. Ein anderer Schwerpunkt ist die Begleitung zu Mediationsgesprächen und Prüfungen.

Klagen LehramtsanwärterInnen mit (jungen) Kindern häufiger über Belastungen?

BIANCA ADAMI: Hier geht es vor allem um die langen Fahrtwege, die in Kombination mit den Kita-Öffnungszeiten einen erfolgreichen Abschluss des Vorbereitungsdienstes sehr erschweren. Die komplexe Planung und Terminierung im Referendariat lässt sich mit Kleinkindern nur sehr schwer umsetzen. Da muss man schon ein gutes privates Netz haben. Derzeit kommt etwa ein Drittel der Anfragen von Müttern im Referendariat, wobei die Kinder jedoch nicht regelmäßig als Auslöser oder Ursache der Probleme benannt werden.

Von welchen Belastungen ist diese Gruppe besonders betroffen?

BIANCA ADAMI: Alleinerziehende müssen ihren Vorbereitungsdienst häufig unter prekären Bedingungen absolvieren. Bereits ab dem ersten Tag der Erkrankung des Kindes muss ein ärztliches Attest vorgelegt werden (im Gegensatz zur eigenen Erkrankung). Für die Betreuung der Kinder nach 18 Uhr im Falle schulischer Veranstaltungen oder Konferenzen oder die bis 17:30 Uhr andauernden Nachmittagsseminare gibt es keine Betreuungsangebote und der eilige Aufbruch stößt zudem selten auf Verständnis. Der Unterricht zur ersten Stunde ist ebenfalls ein Terminproblem, wenn Wohnung und Kita beispielsweise in Spandau und die Schule in Köpenick liegen. Diese Belastungen und der Anspruch einer angemessenen Fürsorge für die eigenen Kinder zwingt die betroffenen LehramtsanwärterInnen häufig zu einem schwierigen Spagat. Deswegen kommt es auch immer wieder vor, dass der Vorbereitungsdienst abgebrochen wird oder diese Belastungen zu langfristigen Erkrankungen führen.

Wird hier ein Abbruch des Referendariats häufiger angesprochen als von anderen?

BIANCA ADAMI: Ja, beziehungsweise wird ein zeitweiliges Aussetzen mit späterer neuer Bewerbung in Erwägung gezogen.

Was könnt ihr Betroffenen raten?

BIANCA ADAMI: Wir versuchen im Rahmen klärender Gespräche mit SeminarleiterInnen und bei Bedarf mit Unterstützung von Herrn Dannert und Frau Zierenberg von der Senatsbildungsverwaltung geeignete Lösungen zu entwickeln. Im Beratungsgespräch klären wir zunächst mit dem oder der LehramtsanwärterIn, was gewollt oder gewünscht ist. Häufig ist die Situation so komplex, dass sie diese Fragen allein gar nicht klären können. Im zweiten Schritt überlegen wir gemeinsam, welche Optionen und Handlungsspielräume bestehen. In dieser Phase weisen wir auf die jeweiligen Konsequenzen der angedachten Optionen hin. Oft ziehen sich diese Beratungen über mehrere Termine hin, da vieles gründlich überdacht werden muss. Im dritten Schritt geht es dann um die Umsetzung, die wir bei Bedarf begleiten, zum Beispiel mit Mediationsgesprächen. Und wir verweisen auf die Angebote der GEW zu den Themen Zeitmanagement und Organisation, psychologische Betreuung. Für LehramtsanwärterInnen mit Kindern ist es jedoch besonders wichtig, eigene Netzwerke aufzubauen, um die Betreuung der Kinder abzusichern und sich Freiräume für die Arbeit zu schaffen. Wir im PR wollen in naher Zukunft diese Vernetzung unter Verwendung unserer Homepage unterstützen. Von einem Abbruch in der Prüfungsphase raten wir grundsätzlich ab, da der Abbruch in dieser Phase ein endgültig nicht bestandenes Zweites Staatsexamen bedeutet. Unser Ziel ist ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für alle angehenden Lehrkräfte. ■

Mit einer Wahlbeteiligung von 49,2 Prozent erfolgreich gewählt: der Personalrat der LehreranwärterInnen und StudienreferendarInnen FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

Kontakt: info@pr-laa.de oder Tel. 9 02 27-67 52, PR-LAA bei der SenBJW, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin/Raum 1 A 24, www.pr-laa.de

AMEISENHAUFEN

Als hätte man mit einem Stock in einen Ameisenhaufen gepiekt! Eine ganze Schule gerät in kollektive Lehrprobenstimmung. Gestandene Kollegen fragen den Fachbereichsleiter: »Kann ich so was machen?« oder »Was ist eigentlich ein Portfolio?« Seit vier Monaten ist bekannt, dass die Inspektoren kommen. Ein stoischer Kollege erklärt, das sei in der freien Wirtschaft völlig normal. Wir sollten uns nicht so anstellen. Seine Frau arbeite in einem gigantischen Konzern und werde täglich kontrolliert. Ich ertappe ihn, als er nach der 9. Stunde stapelweise Materialien kopiert. Ich frage unschuldig: »Findest du Stationenlernen nicht doof?« Er wird ein wenig rot und behauptet, für seine Tochter zu kopieren, die als Referendarin ständig Lernbüffets, Puzzles, Wochenpläne und Fishbowls (hä?) vorbereiten müsse. Frontalunterricht würde der pädagogische Nachwuchs gar nicht mehr beherrschen. »Was für ein Glück«, denke ich, »Millionen Menschen sind durch Frontalunterricht unwiederbringlich und nachhaltig geschädigt worden!«

Schon vor Jahren hat mich ein vorausschauendes Mitglied der Schulleitung geheißen, alle Schulzeitungen, Projektunterlagen und Urkunden für eine eventuelle Inspektion zu archivieren. Nun schleppe ich die Kartons in die Schule. Im Sekretariat sortiert die neue Ein-Euro-Kraft sämtliche Presseberichte über unsere Anstalt, alle Anagramme und »Elfchen« unserer SchülerInnen, die in der »Bäckerblume« veröffentlicht wurden, jede Menge Wettbewerbe, Tabellen, Abiturthemen und Evaluationsberichte. Der Rektor trägt neuerdings immer sein Bundesverdienstkreuz. Er hat die grauen Haare überfärbt und sein Minipli auffrischen lassen. Im vertraulichen Gespräch lamentiert er, dass man mit einem überalterten Kollegium natürlich nicht besonders innovativ sein könne.

Einmal in der Woche werden wir auf zusätzlichen Dienstbesprechungen »gebrieft«, worauf die Inspektoren achten werden. Aus entsprechenden Handbüchern bekommen wir Leitlinien, Fragebogen und Lösungsblätter kopiert. Uns wird »kommuniziert«, dass wir mehr auf Kleidung und korrekte Mülltrennung im Klassenraum achten müssten. Im Lehrerzimmer pinseln alle eifrig in ihren Klassenbüchern rum und richten Bücher und Hefter kantenrein aus. Einige Kollegen diskutieren, ob es die Potjomkinschen Dörfer wirklich gegeben hat.

Tag X kommt. Da hat man also ein paar Schulflüchtige in Anzüge gesteckt, und schon sind sie »Inspektoren«. Mit bitterernster Miene und Klemmbrett schreiten sie durch unsere Anstalt, erscheinen grußlos im Unterricht, verschwinden nach zehn Minuten und hinterlassen ein wenig Irritation. In jedem Raum müssen sechs Stühle für sie bereitgehalten werden. Ich stelle den Polsterstuhl mit der gesprungenen Feder dazu. Sollen sie ruhig darin versinken und konstatieren, unter welchen Konditionen wir arbeiten. Hoffentlich müssen sie oft telefonieren! Unsere Anlage funktioniert seit Wochen nicht.

Am Tag X dient die erste Stunde der »Kalibrierung«. Nie gehört, das Wort. Bis heute weiß keiner, ob es transitiv oder reflexiv verwendet wird, ob der beobachtete Kollege oder die Inspektoren Objekt oder Subjekt der Handlung sind. Als wir morgens erfahren, wer als Maßstab für alle anderen herhalten muss, macht sich gewisse Erleichterung breit. Die ausgewählte Kollegin (ein Jahr vor der Pensionierung) verschwindet hektisch, wischt im Raum die Tafel, rückt die Tische und Gardinen zurecht, tauscht noch schnell ein paar uralte Bücher aus und nennt die Schüler im Unterricht pausenlos »Meine Lieben«, was die Kinder schwer verunsichert, weil sie noch nie so angesäuselt worden sind. So merkt aber niemand, dass sie nicht alle Namen weiß.

»Waren sie schon bei dir?«, ist an diesem Tag die häufigste Frage im Kollegium. Zu manchen Lehrern kommen sie gleich zweimal. Vermutlich überprüfen sie, ob man in jeder Stunde dasselbe macht. Kollegen, die überraschend vertreten müssen, freuen sich besonders über diese Unterrichtsbesuche.

Nachmittags werden handverlesene Eltern interviewt. Die Gespräche unterliegen der Geheimhaltung. Glücklicherweise habe ich redselige Elternvertreterinnen. Sie sollten erzählen, ob unser Rektor zu weich ist und wie viele Lehrer sie wirklich schätzen. Ob sie wöchentliche Rapporte über die Kompetenzentwicklung ihres Nachwuchses erhielten. Und ob sie diese Anstalt fliehen würden, wenn der Inspektionsbericht negativ ausfällt. Die Eltern wollen solche Fragen nicht beantworten. Nur die Frage, welche Kommunikationswege es für sie in die Schule gebe, beantworten angesichts der defekten Telefonanlage gerne: »Trommeln und Rauchzeichen«.

Nachdem ich wochenlang darüber gespottet habe, wie Kollegen blindwütig alle Unterrichtsergebnisse laminieren und Tüten mit literarischen Schnipseln und binnendifferenzierendem Bildmaterial füllen, hat auch mich die Nervosität erwischt. Am Wochenende vor Tag X fahre ich nachts ins Copy-Shop an der Uni. In der Schule vermute ich zu Recht endlose Warteschlangen, fehlendes Papier und defekte Geräte. Alle meine Stunden habe ich für den Notfall in drei Varianten vorbereitet und trage schwer an Alternativmaterial und individuellen Arbeitsbogen. Und? Kein einziger Inspektor verirrt sich zu mir!

Gabriele Frydrych

JÜRGEN VOGEL
MERET BECKER
MORITZ BLEIBTREU
LAVINIA WILSON
LISA SMIT
LEONARD SCHEICHER
KOSTJA ULLMANN
EIN FILM VON OSKAR ROEHLER
Informieren Sie sich im Kino Ihres Vertrauens über exklusive Schulscreenings
© 2012 X VERLEIH AG ARTWORK: ANGELA FRANCHINI
QUELLEN DES LEBENS
EINE DEUTSCHE FAMILIENGESCHICHTE
========== Ab 14. Februar im Kino ==========
EINE PRODUKTION VON X FILME CREATIVE POOL IN KOPRODUKTION MIT WDR BR NDR ARD DEGETO UND SÜSS FILM IN ZUSAMMENARBEIT MIT MOOVIE – THE ART OF ENTERTAINMENT
MIT JÜRGEN VOGEL MERET BECKER MORITZ BLEIBTREU LAVINIA WILSON LISA SMIT LEONARD SCHEICHER SONJA KIRCHBERGER MARGARITA BROICH ILYES MOUTAOUKKIL ALEXANDROS GEHRCKENS MARIE BECKER
WILSON GONZALEZ OCHSENKNECHT KOSTJA ULLMANN THOMAS HEINZE STEFFEN WINK ERIKA MAROZSÁN ROLF ZACHER KAMERA CARL-FRIEDRICH KOSCHNICK SZENENBILD EDUARD KRAJEWSKI KOSTÜMBILD ESTHER WALZ
MASKENBILD ELKE LEBENDER STEPHANIE DÄBRITZ JULIA RINKL SCHNITT PETER R. ADAM SOUNDDESIGN JOSEF STEINBÜCHEL JAN PETZOLD ANDRÉ ZIMMERMANN MISCHUNG HUBERTUS RATH ORIGINALTON WILLIAM EDOUARD FRANCK SVEN SYDOW
MUSIK MARTIN TODSHAROW CASTING SIMONE BÄR REDAKTION WDR BARBARA BUHL BR BETTINA RICKLEFS NDR STEFANIE FROMM ARD DEGETO JÖRN KLAMROTH BETTINA REITZ HERSTELLUNGSLEITUNG ULLI NEUMANN PRODUKTIONSLEITUNG THOMAS ROHDE
ASSOCIATE PRODUCER WOLF-DIETRICH BRÜCKER EWERHARD ENGELS AUSFÜHRENDER PRODUZENT JÜRGEN TRÖSTER KOPRODUZENT MICHAEL SÜSS
PRODUZENTEN STEFAN ARNDT MIT UWE SCHOTT UND OLIVER BERBEN BUCH & REGIE OSKAR ROEHLER
WWW.QUELLENDESLEBENS.X-VERLEIH.DE

Mein Streiktagebuch

Zehn Tage Streik im Kopf - und endlich auch zwei Stunden in der Schule

von Christoph Wälz, Junge GEW

Dienstag, 8. Januar:
Treffen der GEW-Betriebsgruppe
Wir werden streiken. Wer macht mit? Wen noch ansprechen? Wir brauchen ein Flugblatt für unsere Schule: Die Personalausstattung von 97 Prozent muss angeprangert werden! Wir melden uns streikbereit bei der Geschäftsstelle.

Donnerstag, 10. Januar:
Streiktreffen der Jungen GEW
Mit unserer Einladung zu einem offenen Treffen, um Fragen rund um den Warnstreik zu besprechen, füllen wir den großen Saal im GEW-Haus bis auf den letzten Platz. An die 60 junge LehrerInnen wollen wissen: Was macht man denn nun bei einem Streik? Was ist mit der Streikliste? Was ist, wenn ich die einzige Angestellte bin? Wenn ich noch befristet beschäftigt bin? Zwei Aktivisten aus der Tarifkommission und von »Bildet Berlin!« helfen, möglichst viele Fragen zu klären. Viele können bestärkt werden, an ihrer Schule den aufrechten Gang zu üben. Am Ende vernetzen sich noch die AktivistInnen aus den jeweiligen Bezirken. Massenweise StreikanfängerInnen werden ihre erste Erfahrungen machen ...

Sonntag, 13. Januar:
Schreibtischschlacht
Flugblatt schreiben, Infos ausdrucken, Mails gehen hin und her ... Wer kümmert sich um den Kaffee? Wer hat noch ein Bettlaken übrig?

Dienstag, 15. Januar:
Streikversammlung im GEW-Haus
Nach der Schule zum GEW-Haus. Auf dem Weg schaue ich noch beim Potsdamer Platz vorbei. Komme leider zu spät zur Protestaktion von »Bildet Berlin!« 500 Angestellte aus 150 Schulen haben ihrem Ärger mit einer kreativen Aktion Luft gemacht. Ein toller Streikauftakt – Respekt, KollegInnen!

Emsiges Treiben im GEW-Haus. 117 Schulen stehen schon auf der Streikliste! Plakate, Flugblätter, Pfeifen, Streikwesten, Fahne ... was fehlt noch? Entschlossenheit in der Versammlung: Wir werden es dem Senat zeigen! Danach noch ein Anruf von Flo: »Hast du ein Flugblatt, das Viertklässler verstehen?«

FOTO: PRIVAT

Mittwoch, 16. Januar:
Es geht los!
Letzte Absprachen in der Betriebsgruppe. Welche BeamtInnen unterstützen uns? Nachmittags kriege ich Streikberichte von zwei Aktivisten der Jungen GEW.

Manuel erzählt vom Streik an der Möwensee-Grundschule in Wedding: Es gab eine hohe Motivation von Anfang an, alle fünf Angestellten haben ohne Zögern gesagt, dass sie streiken werden, auch eine Kollegin, die nicht GEW-Mitglied ist. In der fünften Stunde ging es los mit einer Aktion vor der Schule: Die Schilder »Stopp Lohndumping« machen klar, dass hier nicht etwa Besserverdienende ihre Privilegien verteidigen. Wir sind solidarisch mit anderen Berufsgruppen, die sich ebenfalls gegen Lohnkürzungen wehren. Danach Streikfrühstück. Auch KollegInnen, die nicht streikberechtigt sind, kommen dazu. Immer wieder diskutiert: der Streikaufruf für Februar! Die Motivation ist groß – auch viele Erzieherinnen haben angekündigt, dass sie mit dabei sind.

Johannes war zu Besuch bei der 1. Gemeinschaftsschule in Friedenau: Dort haben die acht Streikwesten nicht ausgereicht, denn mit 13 LehrerInnen waren fast alle Angestellten im Streik! Es gab eine gute Stimmung, fast durchgehend Unterstützung seitens der BeamtInnen. In die Soli-Liste haben sich viele eingetragen. Die Streikenden sind durch alle Klassen gegangen und haben ein Transpi im Foyer gemalt. Viel Optimismus, dass es beim nächsten Mal noch besser laufen wird.

Donnerstag, 17. Januar:
Streik!
Ab 7 Uhr treffen die ersten Streikenden an meiner Schule ein: Kurt-Tucholsky-ISS in Pankow. Wir schmücken die Schule mit dem Banner »Angestellte Lehrkräfte im Warnstreik – gleiches Geld für gleiche Arbeit!« und den Streikplakaten der GEW. Auch ein Tucholsky-Zitat von der letzten Kundgebung im Juni kommt noch mal zum Einsatz: »Lehren heißt: vom inneren Reichtum abgeben«. Unsere Schlussfolgerung: Runter mit der Arbeitsbelastung!

Acht Angestellte sind dabei, vier weitere KollegInnen unterstützen uns tatkräftig. Als die ersten SchülerInnen eintrudeln, staunen viele nicht schlecht. Wir empfangen sie in Streikwesten (»Haben Sie ‘ne Mülltüte an?«), GEW-Fahne und Flugblättern. Wir begegnen uns oftmals ganz neu. Denn die SchülerInnen sehen, dass ihre Pauker öffentlich für etwas einstehen. Sozialkunde live, gelebte Demokratie ...

In den ersten beiden Stunden schlagen wir unser Streikcamp im Foyer auf. Ein Infotisch mit den ganzen Details der Misere. Beim Streikfrühstück wird auch über die nächsten Schritte gesprochen. Im Februar streiken wir den ganzen Tag. Was heißt das für die ErzieherInnen? Was kommt mit dem TV-L auf uns zu? Eine Kollegin freut sich über die Gemeinschaft »und dass wir hier so auf einer Wellenlänge sind!« Für Erheiterung sorgt eine kleine Streikwesten-Modenschau.

Auf einer Stellwand kann sich jeder verewigen. Ein Schüler schreibt: »Diese Woche sind schon acht Stunden bei uns ausgefallen.« Eine Schülerin zeigt die Konsequenzen der Arbeitsbelastung auf: »Lehrer werden krank und sind schlecht gelaunt.« Aktivisten der SchülerInnen-Gruppe »Aktionskomitee« halten fest: »Geld für Bildung & Soziales statt Rüstung & Banken!« In der Hofpause verteilen wir noch mal Flugblätter. Ein Oberstufenschüler will wissen, wie er uns unterstützen kann ...

Danach zur Personalratssitzung. Gute Stimmung bei den GEW-KollegInnen. Einige kommen gerade aus anderen bestreikten Schulen. An weit mehr Pankower Schulen als erwartet haben sich Angestellte beteiligt. Der Aufruf zum dezentralen Streik hat bewirkt, dass wir quer durch Berlin an über 100 Schulen gezwungen waren, uns selbst zu organisieren. Für ersten Wirbel vor Ort haben wir gesorgt. Wird jetzt der Sturm kommen?

DIE STREIKS IN DER PRESSE

»Lehrer sind die neuen Fluglotsen«, titelte Martin Klesmann am Tag vor den ersten Warnstreiks der angestellten Lehrkräfte am 13. Dezember. Sie hätten aufgrund ihres Angestelltenverhältnisses die Kraft, den Schulbetrieb in der Stadt lahmzulegen. Mit diesen markigen Sprüchen leitet die Berliner Zeitung die ausschließlich positive Berichterstattung über die Streiktage ein. Unsere Forderung nach Angleichung der Gehälter von Beamten und Angestellten sowie Arbeitsentlastung für junge und ältere KollegInnen fand eine gute Resonanz in der Tagespresse. Da half auch nicht die Erklärung von Senatorin Sandra Scheeres in der rbb-Abendschau, angestellte Lehrkräfte würden in Berlin als BerufsanfängerInnen mit gut 4.400 Euro mehr verdienen als in anderen Bundesländern. Der Tagesspiegel erkannte den Rechentrick und erklärte, dass von diesem üppig aussehenden Einstiegsgehalt nur gut zwei Drittel tariflich abgesichert und keine Gehaltssteigerungen mehr möglich sind. Die Morgenpost nannte das Hauptproblem: Lehrkräfte verdienen in Berlin weit weniger als KollegInnen im übrigen Bundesgebiet. Der Unterschied beträgt gut acht Prozent. Am 13. Dezember streikten ungefähr einhundert Lehrkräfte an sieben Schulen, am 16./17. Januar waren es mit weit über einhundert Schulen und fast eintausend Streikenden schon beeindruckend mehr. Erste Reaktionen des Senats meldete sogleich der Tagesspiegel: »Senatorin Scheeres will Drehtürverbeamtung einschränken«. Regina Köhler von der Morgenpost erkennt aber gleich, dass Berlin damit auch in Zukunft mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben wird. Martin Klesmann von der Berliner Zeitung: »Allein Elternunmut, der sich gegen allzu viele Arbeitskämpfe an Schulen richtet, könnte sie [streikende Lehrkräfte, d. Red.] stoppen. Oder ernsthafte Angebote des Senats.«

Tom Erdmann, Pressesprecher

STREIKAKTIVITÄTEN: Auf Seite 24 streikende Lehrkräfte der Heinrich-von Stephan-Schule in Mitte. Das Foto auf dieser Seite zeigt KollegInnen der Georg-Schlesinger-Schule, die das OSZ KIM (Kommunikations-, Informations- und Medientechnik) besuchen.

FOTOS: PRIVAT

7.500 auf der Rolle

Anfang Januar wurde die Online-Petition übergeben

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Der Himmel ist grau, es regnet, als wir uns vor dem Gropiusbau direkt gegenüber dem Abgeordnetenhaus unterstellen. Uns bleiben noch ein paar Minuten. Wir sind zu zehn vor elf verabredet für unser »Fotoshooting«. Heute, an diesem 8. Januar 2012, wollen wir dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, und den Fraktionen das Ergebnis der Online-Petition zum vom Senat geplanten Betrug bei der Abschaffung der Arbeitszeitkonten mitteilen. Die Petition fand innerhalb von sechs Wochen fast 7.500 UnterzeichnerInnen. Ein Ergebnis, mit dem wir nicht annähernd gerechnet haben. Der Einsatz dieses neuen Instrumentes der Mobilisierung hat sich also gelohnt. Jetzt musste nur noch ein Weg gefunden werden, diese Petition öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Dazu haben wir die 7.500 Unterschriften ausgedruckt und zu einer Rolle zusammengeklebt: Immerhin 150 A4-Seiten mit einer Gesamtlänge von 45 Metern. Diese Rolle wollen wir um 11 Uhr dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses übergeben.

Erinnerungen werden wach, gleicher Ort, gleiches graues regnerisches Wetter.

Unterschriften in einer Länge von 45 Metern.

Damals, am 14. Oktober 2011, hatte sich gerade die rot-schwarze Koalition gefunden. Unter dem Motto »Die GEW zeigt Flagge« wollten wir anlässlich der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen nachdrücklich an das Thema Bildung erinnern. An der kleinen Fotogesellschaft vor dem Eingang des Abgeordnetenhauses und der auffallend hohen Flagge »Rot-Schwarz auf dem Prüfstand BILDUNG IST EINE LÖSUNG – verstehen verantworten verbessern« nahm damals niemand Anstoß. Diesmal kommt es aber anders.

Inzwischen haben sich fast 15 KollegInnen vor dem Gropiusbau eingefunden. Sie kommen im GEW-Outfit oder streifen sich gerade die signalroten Plastikwesten über. Dass wir bereits von der gegenüberliegenden Straßenseite aus der Wache des Abgeordnetenhauses mit steigender Nervosität beobachtet werden, wissen wir da noch nicht. Unser Fotoreporter ist längst bei uns und auch die Leute vom rbb haben bereits die Kamera und geschultert und das Mikrofon einsatzbereit gemacht. Es ist zehn Minuten vor elf. Wir nehmen unsere fünf Fahnen und

Fototermin vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 8. Januar 2012. Weil die GEW sich innerhalb der Bannmeile aufgestellt hat, soll es noch ein Nachspiel geben.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

das zwölf Meter lange Transparent und bewegen uns in einer Schlange auf die Straße. Als wir uns quer entlang dem Bordstein vor dem Abgeordnetenhaus für das Foto aufbauen wollen, umkreist uns aufgeregt ein Polizeibeamter und fordert uns auf, unsere Aktion einzustellen. Wir erläutern ihm, dass es hier nur um einen Fototermin geht, dass wir nicht demonstrierend in das Hohe Haus einziehen wollen und wir auch gleich wieder weg sein werden. Der Beamte geht in eiligen Schritten zurück zum Abgeordnetenhaus. Schnell nutzen wir die günstige Gelegenheit und stellen uns auf – wenige Minuten später sind die Fotos und Filmaufnahmen im Kasten. Bis in die Tageszeitungen haben es die Fotos – anders als im Oktober 2011 – diesmal nicht geschafft. Die rbb-Abendschau berichtete aber immerhin in ihren Nachrichten darüber. Damit war die Aktion Online-Petition fast beendet.

Zur offiziellen Übergabe sind Sigrid Baumgardt und Doreen Siebernik danach ins Abgeordnetenhaus gegangen. Ich selbst konnte allerdings nicht mit rein, weil ich inzwischen mit der Polizei beschäftigt war: Nachdem der in Hektik geratene Beamte, die Bannmeile des Abgeordnetenhauses in Gefahr sehend, von allen die Personalausweise einsammeln wollte, habe ich mich ihm als Verantwortlicher zur Verfügung gestellt und musste mit zur Polizeiwache. Nach der Feststellung meiner Personalien und einer ausführlichen Diskussion, inzwischen waren weitere Polizisten aus dem Abschnitt dazugekommen, schloss der Einsatz der Staatsmacht mit der Feststellung, dass die Aktion eine unzulässige Versammlung in der Bannmeile sei, weswegen Strafanzeige gegen mich erstattet würde. Auch Ralf Wieland äußerte bei der Übergabe der Unterschriften seinen Unwillen über diese kleine Fotoaktion, nahm aber das Material und die Unterschriftenrolle entgegen. Das ausführliche Informationsmaterial erhielten ebenso die Fraktionen.

In den zwei Monaten seit der Übergabe der ersten 3.000 Postkarten an die Senatsbildungsverwaltung und der Demonstration über den Alexanderplatz zur Senatsverwaltung am 6. Dezember ist es gelungen, die Medien und die Politik für den drohenden Arbeitszeitkontenbetrug zu sensibilisieren. Hier müssen wir weitermachen und bekräftigen: »Wir lassen uns von Wowereit und Nußbaum nicht betrügen! Keine Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte!« ■

Nachtzug nach Lissabon

Voraufführung für GEW-Mitglieder am 24. Februar 2013

von der Kultur-AG

Der Film basiert auf dem gleichnamigen Bestseller von Pascal Mercier. Das Werk des Schweizer Philosophieprofessors erschien 2004 und zählt zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Romanen der letzten Jahre. Allein in Deutschland wurde er 1,8 Millionen Mal verkauft. Faszinierend und fesselnd zugleich erzählt *Nachtzug nach Lissabon* die Geschichte der Reise und Selbstentdeckung eines Lehrers, der in seinem Leben festgefahren, doch noch einmal etwas wagt. Spontan bricht er auf nach Lissabon, um dort eine neue Welt für sich zu entdecken.

Raimund Gregorius, von seinen Schülern liebevoll »Mundus« genannt, ist Lateinlehrer und Altsprachengenie an einem Gymnasium. Eines Tages trifft er auf der Kirchenfeldbrücke in Bern auf eine mysteriöse Portugiesin. Als die junge Frau sich in die kalten Fluten stürzen will, kann er sie gerade noch festhalten und retten. Doch kurz darauf verschwindet sie und zurück bleibt nur ihre Jacke mit einem Buch des portugiesischen Arztes Amadeu de Prado darin. In dem Buch entdeckt Raimund Gregorius durch Zufall ein Zugticket und entschließt sich spontan dazu das Ticket zu nutzen. Er macht sich auf zu einer abenteuerlichen Reise nach Lissabon. Auf der Suche nach dem Autor vor Ort stößt Gregorius auf Teile eines Puzzlespiels mit höchsten Einsätzen, voller politischer und emotionaler Intrigen. Seine Reise überwindet Zeit und Raum, berührt Fragen der Geschichte, der Philosophie, der Medizin, trifft auf die Liebe, und wird zur befreienden Suche nach dem wahren Sinn des Lebens.

Der Däne Bille August (»Das Geisterhaus«, »Fräulein Smillas Gespür für Schnee«) übernahm die Regie bei dieser hochkarätig besetzten internationalen Produktion, die mit einer Riege namhafter Schauspieler glänzt. Der britische Oscar-Preisträger Jeremy Irons spielt die Hauptrolle. Stars der jungen Generation wie Mélanie Laurent und Jack Huston gehören ebenso zum Ensemble wie die deutschsprachigen SchauspielerInnen Martina Gedeck, August Diehl und Bruno Ganz sowie die Weltstars Lena Olin, Charlotte Rampling und Christopher Lee. Die Magie der Originalschauplätze macht die filmische Reise zu einem besonderen Erlebnis.

Der Film startet am 7. März 2013 in den Kinos. Wir zeigen ihn im Kooperation mit dem Concorde Filmverleih in einer Voraufführung am **24. Februar um 11 Uhr im Kant-Kino** in der Charlottenburger Kantstraße. ■

www.nachtzug-nach-lissabon.de

Die Buchbesprechung von Richardo Zeh zum Buch von Bernd Ahrbeck in der Dezember- blz 2012 hat zu einer Reihe von Reaktionen geführt.

Fortsetzung von Seite 5

diert. Wocken ist halt durch und durch ein die Realität negierender Ideologe, von dem man nichts anderes erwarten kann. Davon kann Ahrbeck sich dann trefflich als Wissenschaftler abgrenzen. So bescheinigt denn auch kein anderer als der Hamburger Rechtspopulist Walter Scheuerl (Bürgerinitiative »Wir wollen lernen«) in einer Buchbesprechung (www.amazon.de) seinem Gewährsmann Ahrbeck Sachlichkeit, Ausgewogenheit, Ideologiefreiheit.

Die *blz* ist sich nicht zu schade, diese persönliche Verunglimpfung via einer harmlosen Rezension zu verbreiten und sich der Ahrbeck'schen Diffamierung anzuschließen. Ich habe meinen von Ahrbeck inkriminierten Aufsatz (»Ist Prävention das Ziel von Integration?« in: Behindertenpädagogik 40, Heft 3, S. 390-401) erneut gelesen und bekräftige ihn auch heute noch. Wer diesen Aufsatz liest, wird sich kaum den diskriminierenden Äußerungen von Ahrbeck anschließen können. Im Übrigen verweise ich auf zwei Beiträge, in denen ich zu dem Buch »Umgang mit Behinderung« kritisch Stellung nehme (Quellen unter www.hans-wocken.de/aktuell).

Fazit: Eine Rezension sagt nicht nur etwas über das, was da rezensiert wird, sondern auch über den Rezensenten selbst. Die harmlos daherkommenden »Informationen zur Inklusion« geraten in der *blz* zu Denunziationen. Ich muss diese Rezension, die mich als ideologischen Inklusionseiferer diskriminiert, wohl so verstehen, dass die Berliner GEW nicht den inklusionsorientierten Beschlüssen der GEW auf Bundesebene zu folgen bereit ist. Eine kritische Begleitung der Inklusionsreformen ist durchaus notwendig und legitim. Eine Bildungsgewerkschaft sollte dabei aber nicht im Fahrwasser rechtskonservativer Positionen und Autoren mitschwimmen.

E-Mail: hans-wocken@t-online.de
www.hans-wocken.de

Informationen zum Thema Inklusion, *Dezember-blz 2012*

Rico Zehs Rezension des Buchs von Ahrbeck »Der Umgang mit Behinderung« mit der Ankündigung »Informationen zum Thema Inklusion« anzubieten, dabei zu einem Drittel vom Autor abzuschreiben und Wendungen wie »radikale VertreterInnen der Inklusion« oder »Inklusionisten« zu übernehmen, hat mit einer kritischen Besprechung nichts zu tun. Seit mehr als dreißig Jahren beteilige ich mich an der Berliner Integrationsbewegung und wundere mich, dass Ahrbeck nach wie vor längst überholte Konzepte wie Feststellungsdiagnostik oder Sonderschulbedürftigkeit verteidigt und weiterhin den Erhalt der Sonderschulen fordert. Demgegenüber hat der Berliner Senat ein Gesamtkonzept »Inklusive Schule« zur Umsetzung der UN-Konvention beschlossen, in dem für Kinder, die als lern- oder sprachbehindert oder als verhaltensgestört gelten, keine Sonderschulen mehr vorgesehen werden. A. polemisiert und kritisiert Integrationsforscher wie Hinz, Preuss-Lausitz, Sander, Schöler und insbesondere Wocken, die zahlreiche wissenschaftlich begleitete Schulversuche durchführten und mit ihrer Arbeit nachhaltig zur Verbesserung von Unterricht und Schulentwicklung beitrugen. Dagegen trifft Ahrbeck in Bezug auf Forschungsergebnisse eine einseitige selektive Auswahl und kritische Befunde werden unterdrückt.

Einige Beispiele: Niemand der sogenannten Inklusionisten, wie Ahrbeck unterstellt, lehnt es ab Kinder so zu diagnostizieren (Kind-Umfeld-Diagnostik), dass LehrerInnen dadurch erfahren, welche spezifische Unterstützung sie beim Schriftspracherwerb, beim Rechnen oder in der Interaktion und Kooperation mit anderen benötigen. Die bloße Etikettierung »lernbehindert«, »verhaltensgestört« oder »schwerhörig« dagegen hilft keinem.

Was A. unter »Ressourcen-Ansatz« versteht, geht an dem verbreiteten Verständnis von Ressourcen im Sinne von zusätzlichen Stunden für differenzierte und individuelle Förderung vorbei. Und was die abschätzige Formulierung »Stärken, nichts als Stärken« betrifft? Wer SchülerInnen in ihren Lernprozessen motiviert unterstützen will, setzt bei ihren Interessen und Kompetenzen an, um die nächsten Ziele und neue Erkenntnisse anzubahnen, d. h. kein Pädagoge leugnet Unterschiede und Differenz, wie Ahrbeck wiederholt behauptet.

A. geht mit keinem Wort auf die Nachteile der Sonderschule ein. Bei Haeberlin, den er häufig – allerdings einseitig – zitiert, hätte er lesen können, dass Jugendliche gegen Ende ihrer Schulzeit an der Sonderschule, d. h. beim Übergang Schule – Beruf zurückhaltender werden, was Selbsteinschätzung angeht. Unsicherheiten nehmen zu und gleichen sich den Einschätzungen in Integrationsklassen an. Nach Tents Studie, die Ahrbeck auch zitiert, ist die positive Selbsteinschätzung von SonderschülerInnen wesentlich an die guten Noten und vergleichsweise besseren Zeugnisse gebunden. Diese aber sind in Integrationsschulen längst durch verbale Beurteilungen und Lernentwicklungsberichte abgelöst worden. Im Übrigen: Wem nutzen gute Noten bei Leistungen, die weit hinter denen im integrativen Unterricht erzielten Fachkenntnissen zurückbleiben? Lieber schlauer und damit bessere Ausbildungschancen, wie Ginnold (2008) in ihrer Dissertation nachgewiesen hat, als ein unrealistisches Selbstwertgefühl. Ernüchternd in diesem Zusammenhang ist auch die Studie LABEL (2004), die in den Klassen 8 bis 10 aller Berliner Sonderschulen für Lernbehinderte einen großen Schüleranteil mit Fachleistungen auf »unterstem Anforderungsniveau« eines Tests für Grundschüler in den Klassen 4 und 5 fand und außerdem eine große Heterogenität zwischen den Schulen aufzeigte. Es gibt Schulen, in denen die besten Fachleistungen kaum an die schlechtesten Leistungen anderer Schulen heranreichen. Schwer nachvollziehbar ist nach diesen Befunden die vehemente Forderung von Ahrbeck nach Erhalt der Sonderschulen.

Fazit: Ahrbeck hat ein mangelhaftes Buch geschrieben, einseitig, rechthaberisch, polemisch im Stil, voller Irrtümer und Fehlinterpretationen. Leider hat der Rezensent es versäumt, eine kritische Analyse zu versuchen. Im Gegenteil: Am Ende seiner Besprechung übernimmt er eine falsche, von A. leider so nahegelegte Vorstellung, nach der schwerer behinderte Kinder oder stark verhaltensauffällige Kinder nicht oder nur »schwerlich inkludiert« werden oder ihre Inklusion gar nicht mehr angestrebt wird, weil nach der OECD von inklusiven Schulsystemen schon die Rede sein kann, wenn mindesten 80 Prozent von SchülerInnen mit Förderbedarf keine Sonderschule mehr besuchen. An der Fläming-Schule und inzwischen auch an anderen Schulen wird die Integration dieser Kinder seit

Jahren praktiziert. Die bei freien Trägern geführte Inklusionsdiskussion darüber ist im Hinblick auf die Institution Schule gerade nicht »Makulatur«.

Wolfgang Podlesch

Informationen zum Thema Inklusion, *Dezember-blz 2012*

Offenbar findet Zeh die Auffassungen von Ahrbeck prima; das ist sein gutes Recht. Fragwürdig ist jedoch, dass er unkritisch Begriffe und Statements von Ahrbeck übernimmt, ohne sie zu klären. Was zum Beispiel sind »Inklusionisten« (offenkundig ein Schlagetot-Wort)? Seit wann ist ein Kurt Heller, der sich im Hamburger Kampf gegen die sechsjährige Grundschule unrühmlich einmischte (und dabei vor der nivellierten Einheitsschule warnte), »einer der kenntnisreichsten Bildungsforscher«?

Der Psychologe Heller ist ausgewiesener Begabungsforscher, als Bildungsforscher war und ist er nicht in Erscheinung getreten. Und seine, von Ahrbeck zitierte und von Zeh unkritisch wiederholte Behauptungen über die Leistungen in heterogenen Lerngruppen sind fachlich höchst umstritten. Das hätte von einem kompetenten Besprecher mindestens erwähnt werden müssen. Und warum haben jene Fachleute, die auf Resilienzfaktoren bei allen Menschen, also auch bei Kindern mit Förderbedarf, für ihre pädagogische Arbeit verweisen (der sogenannte Ressourcenansatz), ein »naives Vertrauen«? Niemand, der auf – oft verschüttete – Potenziale aller Kinder verweist, leugnet, wie dies von Ahrbeck – und offenbar auch von Zeh – unterstellt wird, dass körperliche, psychische, soziale oder andere Erschwerungen vorliegen können. Aber offenbar braucht es für manche Gegner von Inklusion fundamentalistische Buhmänner (es dürfen auch Frauen sein), damit vom klassischen, defizitorientierten und separaten Sonderschulsystem so viel wie möglich gerettet werden kann. Hält die GEW BERLIN die Fahne der Aussonderung hoch, damit »die 550 schulpflichtigen Intensivstraftäter Neuköllns« (R. Zeh) aus der Schule geschmissen werden können – oder was soll sonst dieses »Argument« bedeuten?

Ulf Preuß-Lausitz

Informationen zum Thema Inklusion, *Dezember-blz 2012*

Zwei Beiträge in der Dezember-*blz* fanden mein unmittelbares Interesse und haben ich mich direkt angesprochen: »Wie verrückt sind wir eigentlich?« mit dem Projekt »Tagebuch« und die Buchvorstellung »Umgang mit Behinderten«.

Danke an Andreas Kraft! Endlich fühle ich mich als Sozialpädagoge wieder vertreten. Mögen die Tagebucheinträge mehr Einsicht in die Arbeitsverhältnisse von ErzieherInnen und SozialpädagogInnen geben, über den pekuniären Bereich hinaus, zu pädagogischen Sinn und Unsinn, Überdenken von Ziel- und Einstellungen, Vorgaben und Bedingungen, Praktikabilität, persönliches Erleben und Erfahrungen.

Damit zum Thema »Inklusion« und der der Buchvorstellung »Umgang mit Behinderten« von Bernd Ahrbeck durch Richardo Zeh. Als Angehöriger eines geistig behinderten Menschen und mit diesem wie mit einer lernbehinderten Klientel seit 22 Jahren vertraut, kann ich mich nur der »Lissabon-Erklärung« (Wahlmöglichkeit) anschließen. Auch noch so gut gemeinte Absichten können an den wirklichen Bedürfnissen vorbeigehen und allzu häufig dienen dann solche Neuerungen nur als Etikett für Einsparungen. Und jedeR schaue doch mal nach seinen eigenen Grenzen, nach seinen Differenzierungen: Schon mal wirklich in eineN beispielsweise »geistig BehinderteN« verliebt gewesen? Also: Die Möglichkeiten eröffnen, aber wählen lassen, dem Individuum zu seinem Recht verhelfen, gleichzeitig sein Potenzial auch mit seinen Grenzen, Bedürfnissen und seiner Bedürftigkeit ernstnehmen und hierfür die passende Lebenswelt finden.

Uli Schneider

Informationen zum Thema Inklusion, *Dezember-blz 2012*

Diese Besprechung sprach mir aus der Seele! Schon wieder soll eine Reform zwangsweise für alle gelten. Auf individuelle Bedürfnisse und Umstände wird keine Rücksicht genommen. Anderssein darf nicht sein. Dem Wunsch von Eltern, ihr Kind in der sonderpädagogischen Einrichtung zu lassen, wird nicht Rechnung getragen. Die Wahlmöglichkeit fehlt. Das ist kein individueller Blick aufs Kind. Vor allem die im Artikel angesprochene Gefahr der Ausgrenzung in der Regelklasse sollte nicht unterschätzt werden. Die Erfolgserlebnisse, das Aufblühen von Kindern nach dem Wechsel zur Sonderschule kennt wohl jeder. Woher die große Skepsis kommt, dass diese Erfolgserlebnisse sich auch automatisch in der Regelschule einstellen? Durch die bittere Erfahrung, dass die viel zu wenigen Stunden gar nicht beim Kind landen, sondern im Vertretungspool. Doppelt gut, dass Richardo Zeh mit der Buchbesprechung dieses Thema angesprochen hat.

Bettina Liedtke

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

NEUE REIHE LITERATURGESCHICHTE(N)

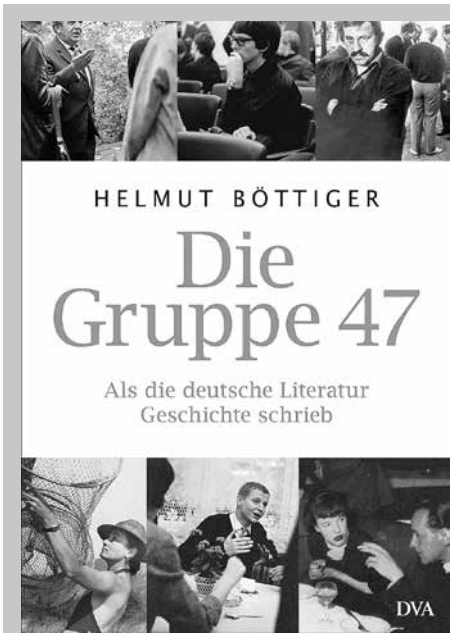
Im Tectum-Verlag ist 2012 eine neue Reihe mit Darstellungen wichtiger Autoren der deutschen Literaturgeschichte gestartet. Die Reihe nennt sich »Literatur Kompakt«, wird herausgegeben von Gunter E. Grimm und macht ihrem Namen alle Ehre. Die beiden bislang erschienenen Bände über Heinrich Heine (von Hartmut Kircher) und Theodor Fontane (von Susanne Kleinpaß) sind mit Bildern, Karten und Tabellen attraktiv aufgemacht und bieten auf gut 200 Seiten eine Menge Stoff, der sich zudem gut lesen lässt. Bemerkenswert dabei ist, dass der Forschungsstand bis in die jüngste Gegenwart hinein Beachtung findet. Die kleinen Bände (Format 17 x 17 cm) beginnen mit einem »Impuls« genannten Kapitel zur Bedeutung des Autors, skizzieren dann Leben und Werk und beschäftigten sich anschließend mit den einzelnen Werken. Ein kommentiertes Literaturverzeichnis sowie Werk-, Namen- und Stichwortregister und ein Glossar ermöglichen einen raschen Zugriff. Studierende und SchülerInnen der Oberstufe bekommen hier eine fundierte Einführung und ein Nachschlagwerk zugleich. Nur die Abbildungen sind etwas klein geraten und auch nicht immer sehr aussagekräftig. Aber bei einem Preis von 14,90 Euro pro Band musste man wohl etwas sparen. Geplant sind Bände über Friedrich Schiller, Heinrich von Kleist und Thomas Bernhard. Angekündigt ist auch ein Band über Heinrich Böll – was mir eine gute Überleitung bietet zum nächsten Buch.

SPANNENDES GRUPPENPORTRÄT

Denn Böll war einer der wichtigsten Autoren der Gruppe 47, die Helmut Böttiger in seinem Ende 2012 erschienenen Band »Die Gruppe 47« porträtiert. Böttiger schildert kenntnisreich das Wechselspiel zwischen den handelnden Personen und – besonders eindrucksvoll – das Wechselspiel zwischen dieser wohl berühmtesten Schriftstellergruppe der Bundesrepublik und den gesellschaftlichen Tendenzen und Verhältnissen.

Bis weit in die 50er Jahre hinein stand die Gruppe um Hans Werner Richter in der Bundesrepublik hoffnungslos am Rande. Das Sagen hatten kulturkonservative Kritiker wie Friedrich Sieburg und Hans Egon Holthusen (Der unbehauste Mensch), verlegt wurden und Anerkennung bekamen Autoren wie Hans Carossa, Ernst Wiechert, Werner Bergengruen oder Stefan Andres – Autoren, die heute kaum noch jemand kennt. Die von Böttiger zitierte Irmgard Keun fasst das 1947 bissig zusammen: »Der ganze Boden in Deutschland stinkt nach Mord und Leichen, und nun zieht sich ein Schleim von Frömmigkeit darüber hin. In der Ostzone beten sie anders herum.« Von einer Mitschuld wollte man nicht reden, war man doch selbst erdrückt von der »dunklen Zeit«, der »verworrenen Welt«, so der damalige Star-Lyriker Rudolf Alexander Schröder in seinen »Geistlichen Gedichten«. Mit dieser vernebelnden Entrückungsliteratur hatten die mehr oder weniger jungen AutorInnen der Gruppe 47 wenig am Hut, ihr »Bekenntnis zur Trümmerliteratur« (Böll) und zum »magischen Realismus« (Richter) wiesen in eine andere Richtung.

Die Entwicklung der Gruppe vom Freundeskreis, in dem man sich gegenseitig etwas vorlas und es zur Diskussion stellte, Erfahrungen austauschte und Kontakte knüpfte, hin zur medienmächtigen und dominierenden Instanz im Literaturbetrieb ab Ende der 50er Jahre kam mit den Erfolgen ihrer Autoren wie Grass, Böll und Walser – und läutete nach über 20 Jahren das Ende der Gruppe ein. Es begann die Zeit der Mythenbildung. Hier setzt Böttiger an und zeigt auf, dass die Gruppe 47 keinesfalls so festgelegt war, wie oft behauptet, sondern »immer widersprüchlich und heterogen«. Ein loser Haufen mit Hans Werner Richter als »Organisator, Herbergsvater und Diskussionsleiter« – weit entfernt von einem Verein mit strenger Satzung und Hierarchie. Und ebenfalls kein Verein für »sozialdemokratischen Realismus« (Mosebach), sondern Bühne und Forum auch für neue literarische Stimmen – beispiellos bis in die 60er Jahre. Natürlich gab es Verständnisschwierigkeiten zwischen den Generationen, wie der Brief des Literaturkritikers Hans Mayer an Richter zeigt: «Bis zu Jürgen Becker und Rühmkorf reicht es noch mit meinem Verständnis. Die Größe eines Handke zu ermessen, scheint mir aber versagt zu sein, was natürlich einzig gegen mich spricht.« Eine Anekdote sei noch nachgetragen, weil sie so schön ist, Böttiger zitiert hier den Literaturkritiker Joachim Kaiser: »Hans Werner Richter sah plötzlich den Böll und kannte ihn natürlich nicht, der Böll suchte da so rum, und Richter dachte dann: nanu, das scheint ja hier ein Handwerker zu sein. Der sah so aus wie ein Elektriker, der was reparieren will. Also, die hatten ja alle nichts anzuziehen!« Kaiser ärgert sich, dass er mit seinem extra gekauften »Freskoanzug«(?) völlig overdressed war. Das war 1951.



Ein Kapitel des Buches beschäftigt sich mit Berlin: Besonders dem TU-Literaturprofessor Walter Höllerer ist es zu verdanken, dass Anfang der 60er Jahre Westberlin plötzlich »Hauptstadt der deutschsprachigen Literatur« wurde. Man muss sich das einmal vorstellen: Zu seiner Lesereihe »Sprache im technischen Zeitalter« im Wintersemester 1959/60 kamen an die 1.000 ZuhörerInnen pro Lesung, der Hörsaal 3010 war überfüllt, es musste der Hörsaal 2010 hinzugenommen werden, wo man über eine Lautsprecheranlage die Lesung mithören konnte. Übertroffen wurde das nur durch die ebenfalls von Höllerer organisierte »Internationale Lesereihe« 1961/62 in der Kongresshalle, dem heutigen Haus der Kulturen der Welt. 1.500 passten da rein und alles

war voll: »Über die Lesung von Ingeborg Bachmann wird berichtet, dass ungefähr 2.000 Menschen gekommen waren… und fast die Hälfte von ihnen stehend der mehrstündigen Dichterlesung folgte. Viele hörten die Dichterin nur draußen über Lautsprecher, aber 'niemand ging fort'.« Das waren zwar keine Veranstaltungen der Gruppe 47, aber nahezu alle Akteure, Organisatoren wie Autoren (vor allem der ersten Lesereihe), kamen aus diesem Umfeld, Höllerer gehörte seit 1954 zur Gruppe 47 und organisiert auch die Treffen der Gruppe in Berlin 1962 und 1965 im »Alten Casino«, dem späteren Literarischen Colloquium Berlin (LCB). *Klaus Will*

Helmut Böttiger: Die Gruppe 47. Als die deutsche Literatur Geschichte schrieb. ISBN: 978-3-421-04315-3. DVA Verlag. München 2012. 24,99 Euro.

PI MAL DAUMEN

Wie viele Kühe gibt es in Deutschland? Wie hoch ist der Stromverbrauch pro Kopf und Jahr? Wie viel Prozent der Haushalte besitzen ein Handy? Alle richtigen Antworten auf die insgesamt 180 Quizfragen zum Leben in Deutschland und aller Welt hat wohl niemand parat. Darum heißt es: Gut geschätzt ist halb gewonnen. Gut überlegtes Tippen, gekonntes Bluffen und das Wissen der Mitspieler führen bei diesem informativen Quizspiel zum Sieg. Dabei verblüffen nicht nur die Intelligenz der Masse, sondern auch die Zahlen und Fakten aus Deutschland und der ganzen Welt, die durch aufwändige Illustrationen und anschauliche Vergleiche verständlich werden. Das Kartenspiel für drei oder mehr Spieler mit 180 Fragen auf 60 farbig illustrierten Spielkarten von dem preisgekrönten Spiele-Erfinder Bernhard Weber gibt es inklusive Spielanleitung, Quellennachweisen und Glossar bei der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de/shop/lernen/spiele/150845/pi-mal-daumen (Bestellnummer: 1927) für 1,50 Euro. Man kann sich das Spiel aber auch herunterladen.

Zur Ergänzung des Kartenspiels eignet sich die bpb-Publikation »Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland«. Erhältlich unter: www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/datenreport-2011

ENTDECKE, WAS DIR SCHMECKT

Ein Kochbuch für junge Küchenerobrer: Kein simples Kochbuch, sondern ein »Küchen-Lehrbuch« für Kinder! In sieben Kapiteln wird der Bogen vom Geschmack über das Einkaufen, die erforderlichen Küchengeräte, die chemischen Vorgänge beim Kochen, Tricks und Tipps bis hin zu – ja, auch zu Kochrezepten gezogen. Ein anschauliches, lehrreiches, unterhaltsames Buch zum Thema Essen, Küche, Ernährung, Einkauf und vieles mehr. Die Kapitel sind übersichtlich gegliedert, die Erklärungen kindgerecht und verständlich. Es gibt unter der Überschrift: "Darf man mit Essen spielen?" auch ein paar lustige Ideen, die das Thema Essen zum Spaß werden lassen. Aber auch die Tricks, mit denen die Industrie uns als Verbraucher manipuliert, werden ausführlich behandelt und liefern den Kindern verblüffende Aha-Effekte. Die Verbindung zum Umweltschutz durch Einkauf regionaler Produkte und durch den Verzicht auf unnötige Verpackung macht das Buch zu einem komplexen Ratgeber, der Ernst und Spaß wunderbar in Einklang bringt. Am allerschönsten sind die Illustrationen, die ausschließlich aus lustig und sehr originell arrangierten Nahrungsmitteln bestehen. Sehr empfehlenswert *Dagmar Pliefke*

Anke M. Leitzgen / Lisa Rienermann: Entdecke, was dir schmeckt. Kinder erobern die Küche. Mit Illustrationen von Lisa Rienermann. Ab 6 Jahre, 16,95 Euro (Beltz-Verlag).

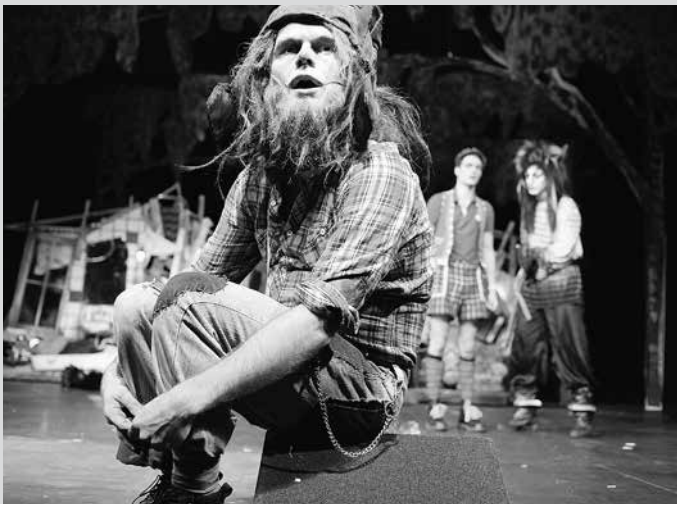
fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine **Kindheit geben**

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist ein Zeugnis von Armut.

Jetzt mitmachen und spenden:
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr. 375 1880 188
BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu



Szenenfoto des Stückes »Fjodor, Hund und Kater« im Theater an der Parkaue. Ein buntes Panoptikum mit dramatischen Abenteuern. FOTO: CHRISTIAN BRACHWITZ

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

In der **Parkaue** *»Fjodor, Hund und Kater«* nach einem Kinderbuch von Eduard Uspenski (*1937): ein buntes Panoptikum, vielfach episch erzählend, mit vielen kleinen dramatischen Abenteuern. Weil Fjodor (»in die Schule muss ich erst nächstes Jahr«) den von ihm gefundenen Kater nicht behalten darf, zieht er »aufs Land«, findet eine verlassene Hütte, richtet sich dort ein; schließlich finden ihn die Eltern mithilfe der Post. Ein glückliches Ende. – Das nun (im Programm) gleich mit Kinderrechten und Trebegängern zu verbinden, scheint mir überzogen; es reicht die (fiktive!) Erprobung kindlicher Selbständigkeit in unbekannter, fremder Umgebung. Die Inszenierung (auf allzu reich ausstaffierter Bühne) bezieht vielfach Live-Musik ein, nähert sich dem Musical (ab 6).

Rameau in der **Neuköllner Oper** wird exquisit musiziert und gesungen; die wunderbare Musik ist von den ersten Takten an temperamentvoll und von je spezifischem Charakter; es gibt ein formschönes qualitätsvolles Programmheft. So weit so gut. Die im Programm abgedruckte Inhaltsangabe zur Oper *»Platée«* verwirrt jedoch eher, als dass sie hilft, die Handlung zu verstehen. Auch die Regie tut wenig, um Story und Beziehungen klar zu machen. Die antiken Götter hocken an einer modernistischen, sachlich-stylischen Bar; es gibt überraschende Temperaments- und Sexausbrüche; in vielen Filmausschnitten flimmern »Parallel«-Ereignisse über die Hintergrund-Leinwand – für mich ohne Interesse, eher störend. Also habe ich mehrfach die Augen geschlossen – nicht gerade das, was eine Opernaufführung intendiert. Wegen der Musik trotzdem empfehlenswert, beispielsweise für Musik-Leistungskurse.

Enttäuschend *»Die Saison der Krabben«* im **Ballhaus Naunynstraße**. Irgendwie geht es um Heimat, Beziehungsverlust. Ein Therapeut, der zugleich Filmregisseur (und Showmaster!) ist (vielleicht auch ein Regisseur, der seine Darsteller therapiert) dreht Werbespots für türkische Hausfrauen; dabei enthüllen sich »Verfehlungen« der Vergangenheit. Im Gedächtnis bleibt eine starke, ausdrucksvolle Frau – um sie herum eher hampelnde Männer.

»Chinesische Oper« im **Chinesischen Kulturzentrum**: Farbenpracht, Körperbeherrschung, Ausdruckskraft. Vier klug gewählte Opern-Ausschnitte: tänzerisch, akrobatisch (Anfang und Ende), dazwischen kammerspielartig (die Soloszene der »betrunkenen Konkubine«) und zum Abschluss Szenen einer großen Handlungsoper: »Generalin (!) Mu in der Schlacht um Hongshou«. Schade, dass es von diesem attraktiven Programm des Peking-Opern-Ensembles der Stadt Nanjing in Berlin nur eine einzige Aufführung gab; dass sie im wenig theatergeeigneten Saal des Kulturzentrums stattfand (schlechte Sicht; eine sparsame »Untertitelung«, die zudem nur für wenige Zuschauer sichtbar war; zu knappe Informationen über die Inhalte). Warum nicht mit einem Berliner Theater zusammenarbeiten, viele Berliner und Jugendliche (!) mit dieser großartigen Kunstform bekannt machen und nicht nur für einen Insiderzirkel spielen? *Hans-Wolfgang Nickel*

Theaterprojekt »Vergessene Biografien« ausgezeichnet

Das Jugendcafé Nightflight im evangelischen Gemeindezentrum Plötzensee hat den Hauptpreis des Wettbewerbs »Respekt gewinnt! – für ein weltoffenes Berlin« gewonnen. Die Charlottenburger Jugendlichen wurden für das Theaterprojekt »Vergessene Biografien – Migranten und Schwarze Menschen im Nationalsozialismus« geehrt. In dem dokumentarischen Theaterstück, das sie in Theatern, Schulen und Jugendclubs aufführen, stellen sie Einzelschicksale aus der Zeit des Nationalsozialismus vor. Der Wettbewerb »Respekt gewinnt!« wird vom *Berliner Ratschlag für Demokratie* veranstaltet, der sich selbst als ein Bündnis der demokratischen, bürgerlichen und zivilen Gesellschaft versteht. Der Wettbewerb zeichnet Projekte für ein weltoffenes Berlin aus, die sich gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren und für Toleranz, Respekt und Demokratie einsetzen. Er ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Mehr zum Projekt unter www.vergessene-biografien.de

FORTBILDUNG

Arbeitswelt- und Berufsorientierung an Schulen

Vom 15. bis 17. April 2013 findet in Berlin die bundesweite LehrerInnenfortbildung von GEW und IG Metall statt. Die Fortbildung dient dem Erfahrungsaustausch über Ländergrenzen und Schulformen hinweg und der Diskussion bildungspolitisch und pädagogisch sinnvoller Konzepte der Arbeitswelt- und Berufsorientierung. Sie ermöglicht außerdem den Austausch mit PraktikerInnen aus einem Metallbetrieb im Rahmen einer kleinen Betriebserkundung. Ein weiteres Thema ist die Zusammenarbeit von Schulen mit den Gewerkschaften als Partner. Das Seminar findet vom 15. bis 17. April 2013 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin am Pichelsee statt. Die Seminar- und Übernachtungskosten werden für Gewerkschaftsmitglieder übernommen. InteressentInnen können sich an Martina Schmerr (GEW; martina.schmerr@gew.de) oder Bernd Kaßebaum (IG Metall; bernd.kassebaum@igmetall.de) wenden. Die Veranstaltung ist Teil der gewerkschaftsübergreifenden »Initiative Schule und Arbeitswelt« (www.schule.dgb.de).

Einladung zum 15. MaiMeeting der GEW

Das MaiMeeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für ihre Mitglieder und ganz besonders FunktionärInnen. Der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden und GEW-Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben den anspruchsvollen Workshops bieten wir wieder kulturelle und politische Veranstaltungen. Das MaiMeeeting findet vom 9. bis 12. Mai 2013 im Bildungszentrum Erkner statt. Folgende Workshops werden angeboten: Planspiel zur Berufserkundung an allgemeinbildenden Schulen/Gewerkschaftskultur: Arbeiterlieder/Gerechtigkeit heute – das Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit neu bestimmen/ Neue Aktive für die GEWerkschaftsarbeit gewinnen/ Neue

Medien für die GEWerkschaftsarbeit nutzen/ Seminar für junge Aktive im BA Junge GEW. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.gew.de/maimeeting.html Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2013. Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/ Main, Tel. 069/ 789 73 -209, Fax: 069/78973-102.

AKTIVITÄTEN

Let's work4peace
Der Weltfriedensdienst (WFD) bietet SchülerInnen Workshops zum globalen Lernen verbunden mit einer echten Handlungsoption. SchülerInnen arbeiten beispielsweise zum Thema Ernährungssicherung und gehen der Frage nach, was ihr Lebensstil mit Menschen in Afrika zu tun hat. Sie lernen ein Projekt des WFD vor Ort kennen, das sich genau damit befasst. Solidarität und Engagement beweisen die SchülerInnen schließlich dadurch, dass sie an ihrer Schule Spendenaktionen für das Projekt durchführen, beispielsweise durch einen Job-Day. Hier arbeiten SchülerInnen einen Tag und gehen nicht zur Schule, damit ihre Altersgenossen in Ländern Afrikas nicht arbeiten müssen, sondern zur Schule gehen können. Weitere Informationen unter: www.work4peace.de. Anfragen/Kontakt über team@work4peace.de sowie unter Tel. 030-253 990-41/42.

Ausstellung: Facetten interkultureller Kommunikation
Andere Länder, andere Sitten! Ob auf Reisen, in der Schule, mit Geschäftspartnern oder beim Auslandseinsatz: In Zeiten von Internet, Globalisierung und Migration wird die Kenntnis fremder Gepflogenheiten immer wichtiger. Die Ausstellung beleuchtet kulturelle Unterschiede, überbrückt Wissens- und Erfahrungsbarrieren und wirbt nicht zuletzt für ein tolerantes Miteinander. Die Ausstellung ist noch bis zum 24. Februar 2013 zu sehen. Museum für Kommunikation (montags geschlossen), Leipziger Straße 16, 10117 Berlin, weitere Infos unter www.museumsstiftung.de

Studiengang Puppenspielkunst
Viele Schulabgänger wissen zwar, dass Schauspiel ein Studienfach ist, welches man unter anderem an der Hochschule Ernst Busch Berlin studieren kann. Weniger bekannt ist dagegen, dass die Hochschule Ernst Busch auch einen Studiengang Puppenspiel anbietet. Als staatliche künstlerische Hochschule ist dieser Studiengang kostenlos und es können sich auch künstlerisch geneigte und begabte Schüler mit Realschul-Abschluss bewerben. Es ist kein Abitur zwingend nötig bei Talent und fachlicher Eignung. Das Studium dauert acht Semester (Regelstudienzeit) und wird mit dem Diplom als DarstellendeKünstlerIn/PuppenspielerIn abgeschlossen. Studienfächer sind: Schauspiel, Gesang, Sprechen, Puppenspieltechniken in traditionellen und modernen (hybriden) Formen, Bewegung, Pantomime, Akrobatik, Fechten, Beatboxen, Stepptanz, Gestaltungslehre, Stop-Motion Animationsfilm, Ästhetik, Kunst- und Kulturgeschichte, Dramaturgie, Theatergeschichte. Die Schule bietet bereits während des Studiums die Möglichkeit von Kooperationen mit Theatern und Festivals. Sämtliche Bewerbungsmodalitäten und detaillierte Informationen zum Studium sind zu finden unter http://www.hfs-berlin.de/puppenspielkunst Kontaktwünsche und Fragen bitte mailen an puppenspiel@hfs-berlin.de Die Hochschule informiert auch gerne Lehrkräfte, die interessierten SchülerInnen diesen Studiengang vorstellen möchten.

Malwettbewerb: »Mit meinen Freunden durch das Jahr«
An dem Malwettbewerb des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter, BSK e.V., können sich Kinder mit einer Körperbehinderung im Alter von 6 bis 13 Jahren beteiligen. Das Bild sollte ausschließlich im Hochformat DIN A 4 gemalt werden. Bitte keine Bleistiftzeichnungen und Collagen einsenden. Aus den Einsendungen wählt die Jury des Verbandes zwölf Monatsbilder und ein Titelbild für den Kalender »Kleine Galerie 2014« aus. Der Einsendung sollen neben dem Originalbild mit Titelangabe auch ein kurzer Steckbrief und ein Foto der KünstlerIn (kein Passbild) beiliegen. Alle eingereichten Bilder bleiben Eigentum des BSK e.V. Einsendungen bis 5. April 2013 an: BSK e.V., »Kleine Galerie«, Altkrautheimer Straße 20, 74238 Krautheim. Alle weiteren Infos und den Steckbrief für die Teil-

ANZEIGEN

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

ulrich hintermaier SUPERVISION (DGSv)
Team-, Gruppen- oder Einzel-Supervision für Lehrer, Sozialpädagogen und Erzieher
Tel. 030/6 12 44 06 · Berlin-Tiergarten
www.supervision-hintermaier.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2013
Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining – Auftritt und Stimme – klar und sicher!
Interkulturelle Kommunikationskompetenz – Verständigung erzielen!
Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

GESTALT-THERAPEUTIN
(HP für Psychotherapie)
mit langjährigem (grund-)schulpäd. Background (u.a. Brennpunkt-Schule, JÜL 1-3) freut sich darauf,
Sie therapeutisch u./o. supervisorisch zu begleiten! Schwerpunkte: Burn-Out-Prävention u. -Nachsorge, Selbstwertthemen, Ängste, Depressionen.
Erstgespräch frei, soz. gestaffeltes Honorar.
D. Wielart, Bln.- Friedenau,
Tel.: 84 18 38 28 o.
info@lebendigegestalt-therapie.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

nahme unter www.bsk-ev.org/kleine-galerie-2014/ oder per Telefon unter: 0 62 94 / 42 81 43.

Lukas Lichtland: Das Mitmachlabor
Ob in der Taschenlampe, im Autoscheinwerfer oder im Flachbildschirm – überall taucht sie auf und ersetzt mittlerweile auch die Glühbirne: die LED. Sie ist das Licht der Zukunft. Aber wie funktioniert eine Leuchtdiode? In »Lukas Lichtland. Das Mitmachlabor« können Kinder im Alter von sieben bis dreizehn Jahren den Geheimnissen des Lichts auf den Grund gehen. Ausgerüstet mit Taschenlampe, Lupe und Würfelzucker spüren sie gemeinsam mit dem hellen Glühwürmchen Luka den physikalischen Phänomenen rund um die LED-Leuchte nach. Das Mitmachlabor gibt es noch bis zum 24. März 2013 im Museum für Kommunikation (montags geschlossen), Leipziger Straße 16, 10117 Berlin.Weitere Infos unter www.museumsstiftung.de

Ganz weit weg – die Welt zum Anfassen
Die Erlebnis-Ausstellung »Ganz weit weg – die Welt zum Anfassen« im Labyrinth Kindermuseum Berlin führt Kinder in ferne Länder und Kulturen: Hier können Mädchen und Jungen im Alter von 3 bis 11 Jahren sich spielerisch vertraut machen mit anderen Gesichtern, Sprachen, Gerüchen, Speisen, Kleidern, Häusern und Ritualen unserer spannenden Welt. Anmeldungen für Gruppen aus Kita, Hort und Schule über: Labyrinth Kindermuseum Berlin, Osloer Str. 12, 13359 Berlin, Tel. 030 / 800 93 11-50.

STELLENBÖRSE

Welche **Berliner Grundschule** wird im Schuljahr 2013/14 einen zusätzlichen bzw. ausgleichenden Bedarf an ErzieherInnen inklusive koordinierender ErzieherIn haben? Wir sind ein gut eingespieltes und harmonisierendes Team, welches vom Senat aufgrund von Fusion zweier Schulen ausgebootet wurde. Den Zuschlag hat die Schule mit einem freien Träger bekommen. Somit sind wir frei und suchen eine neue und vernünftige Bleibe, in der wir unsere bisherige erfolgreiche Tätigkeit wieder aufnehmen können. Anfragen bitte an onenews@t-online.de.

SENIORINNEN

20. Februar: Rathausgespräch. Treffpunkt um 10 Uhr Rathaus Friedrichshain.

14. Februar: Willy Brandt – Ein Politikerleben. Treffpunkt um 10 Uhr vor dem Forum Unter den Linden 62-68

05. März: Treffen in der Seniorenfreizeitstätte Am Friedrichshain 15/ Ecke Bötzowstraße.

12. März: Besuch des Leuchtenmuseums in Marienfelde, Motzener Straße 34. Treffpunkt um 10 Uhr auf dem Bahnsteig S-Bahnhof Schichauweg.

INTERNET

http://www.berlin.de/sen/bjw
Auf der Internetseite der Senatsbildungsverwaltung steht unter Bildung und den Menüpunkten Förderung und Sprachbildung der »Leitfaden zur schulischen Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen«. Der Leitfaden informiert über Fragen der Schulpflicht, der Zuordnung zu einer Regelklasse oder Lerngruppe und beschreibt die Verfahren der Aufnahme und des Schulbesuchs in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen. Der Leitfaden wendet sich an alle, die mit der Anmeldung, der Aufnahme und der Unterrichtung der Kinder und Jugendlichen zu tun haben, die während des Schuljahres zuziehen und in einen begonnenen Bildungsgang eintreten. Durch einen vergleichbaren Verfahrensablauf und koordiniertes Handeln in den Bezirken soll erreicht werden, alle neuen Schüler zügig aufzunehmen und sachgerecht zu fördern.

www.wzb.eu Das Dezemberheft der WZB-Mitteilungen analysiert Bildung in allen Lebensphasen. Den steinigen Weg zur Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschreiben Jonna M. Blanck, Benjamin Edelstein und Justin J.W. Powell. Heike Solga untersucht in ihrem Beitrag den Stellenwert von Bildung in der Sozialpolitik und stellt die Strategie des investiven Sozialstaats auf den Prüfstand. Cornelia Gresch macht deutlich, dass Schulkarrieren von Migranten nicht am mangelnden Ehrgeiz von Einwandererfamilien scheitern. Lena Ulbricht schreibt über den geringen politischen Stellenwert, den die berufliche Bildung in Politik und Verwaltung hat. Jürgen Gerhards weist darauf hin, dass Fertigkeiten wie Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger werden, das zeige sich bei der Analyse von Stellenanzeigen. Ein Auslandsaufenthalt während der Schulzeit sei eine effektive Variante zum Erwerb von transnationalem Humankapital. Wegen der Kosten spiele hierbei aber die Herkunft eine entscheidende Rolle. Lukas Graf analysiert die boomenden dualen Studiengänge, in denen Studenten gleichzeitig in Betrieb und Hochschule ausgebildet werden.

http://www.berlin.de/2013
führt zum Themenjahr 2013 »Zerstörte Vielfalt«. Anlass des Berliner Themenjahres 2013 ist der 80. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 und der 75. Jahrestag der Novemberpogrome des Jahres 1938. Hier findet man das gesamte Programm des Themenjahres mit über einhundert Projekten.

www.stolpersteine-berlin.de
zeigt sämtliche Orte, an denen Stolpersteine verlegt wurden. Dazu gibt es Biografien, Bilder der NS-Opfer und Begleittexte. Außerdem wird ein pädagogisches Begleitprogramm rund um die Verlegung von neuen Stolpersteinen sowie zu schon verlegten Steinen in der Stadt Berlin angeboten. Es richtet sich an schulische wie außerschulische Gruppen, die sich für das Erinnern engagieren und sich auf die Suche nach dem individuellen Schicksal von BerlinerInnen begeben wollen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Der Bildungsserver Berlin Brandenburg empfiehlt:
• *Gedenkjahr 2013 – Neue Themenportale auf dem bbb:* 80. Jahrestag der Machtübernahme der Nationalsozialisten.75. Jahrestag der Reichspogromnacht.
http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/80_jahre_ns_machtuebernahme.html
http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/75_jahre_reichspogromnacht.html

• *Die 101 wichtigsten Fragen: Rassismus:* Susan Arndt, 159 Seiten, 2 Euro, über die BLPB. Das Buch gibt Einblicke in die Geschichte und Gegenwart des Rassismus, zeigt Meinungen auf, die ihn tragen und Wissen, das ihn kritisch hinterfragt – wissenschaftlich fundiert und doch leicht verständlich.
http://www.politische-bildung-brandenburg.de/shop/Brandenburger/Extremismus-Gewalt-Fremdenfeindlichkeit/Die-101-wichtigsten-Fragen-Rassismus.html

• *Die Zeitung entdecken – Zeitungsbegleitheft:* Für SchülerInnen der Klassen 4-7 ist das Unterrichtsprojekt »Die Zeitung entdecken« mit passenden Unterrichtsmaterialien entwickelt worden. Die Broschüre enthält eine ausführliche Beschreibung. Die Kopiervorlagen stehen ebenfalls zur Verfügung.
http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/zeitungsbegleitheft.html

• *Die Zauberwerkstatt:* Magische Aufgaben bieten vielfältige Lernchancen, »verborgene« Rechenregeln und naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Der Entdeckerdrang der Kinder wird gefördert und Möglichkeiten zum Problemlösen werden über Fragen initiiert. Aus dem Projekt Sinus Grundschule in Sachsen-Anhalt.
http://www.bildung-lsa.de/index.php?historyback=1&KAT_ID=1461#art21729

• *Junge Klimaforscher zeigen, wie sie die Welt retten:* Sieben Monate lang forschten die TeilnehmerInnen der WWF-Schülerakademie 2°Campus, wie man bis 2050 die Treibhausgasemissionen so zu reduzieren kann, dass die Erderwärmung auf maximal 2° Celsius begrenzt wird. Ihre Forschungsergebnisse haben sie in vier Kurzfilmen und auf Forscherpostern zusammengefasst.
http://www.wwf-jugend.de/durchstarten/2-grad-campus-2012/ergebnisse/

20 JAHRE Band für Mut und Verständigung

Ausschreibung 2013 des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit.

Zivilcourage verdient Anerkennung. Deshalb gibt es das Band für Mut und Verständigung, eine Auszeichnung für beispielhaftes Handeln gegen Fremdenfeindlichkeit. Es wird jährlich verliehen – einmal für spontanes, mutiges Eingreifen, wenn jemand aus rassistischen Gründen bedroht oder angegriffen wurde, und einmal für ehrenamtliches Engagement im Bereich der interkulturellen Verständigung.

Wir bitten Sie um **Vorschläge:** Wer hätte Ihrer Meinung nach in diesem Jahr (2012) das Band für Mut und Verständigung verdient? Und wofür? Was hat sie oder er geleistet? Sie können Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen aus Berlin und Brandenburg vorschlagen.

Reichen Sie Ihrer Vorschläge bis spätestens **01.03.2013** ein unter **www.respekt.dgb.de** > Ausschreibung für das „Band für Mut und Verständigung" 2013.

Emilia Romagna und Adria
Der CTS Spartipp!
z. B. 5 Tage Busreise ab **149 €**
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-8130 | italien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

KLASSENREISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland
Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....
KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com
Katalog unter: 030-303083-6

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Schulfahrt.de
Klasse Reisen
Katalog mit über 300 Seiten gratis bestellen!
☎ 0 35 04/64 33-0
info@schulfahrt.de
Angebot sofort

fair childhood
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Schuften für einen Hungerlohn von 50 Cent am Tag
Machen Sie mit. Werden Sie Förderer und Förderin von Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500
www.fair-childhood.eu

LockeToursBerlin

Baltische Länder per Rad	ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 1280 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1390 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1599 EUR

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Bewerben unter: schubert@maskenbildnerschule.de
WISO LEHRER/IN GESUCHT!
Prüfungsvorbereitener Unterricht für Maskenbildner-Studenten
4 Stunden pro Woche
HASSO VON HUGO MASKENBILDNERSCHULE

GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Gartenfelder Str. 28, 13599 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

11. FEB.	17.00 Uhr	**FG Sekundar- und Gemeinschaftsschule**	Raum 300
	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 47
13. FEB.	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 34
	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 33
	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 300
18. FEB.	18.00 Uhr	**FG Sozialpädagogische Bildung**	Raum 34
19. FEB.	18.00 Uhr	**MV des Mete-Ekşi-Fonds**	Raum 301
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Schwule Lehrer**	Raum 300
20. FEB.	10.30 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 300
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
	16.00 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 34
21. FEB.	18.00 Uhr	**FG Sozialpädagogik**	Raum 32
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 301
27. FEB.	17.00 Uhr	**Singkreis**	Raum 33

Mahnmal für Sinti und Roma in Berlin-Tiergarten. FOTO: ASIO OTUS/WIKIPEDIA

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT DER BILDUNGSCHANCEN JUNGER FLÜCHTLINGE

Fachtag der GEW BERLIN in Zusammenarbeit mit dem »Flüchtlingsrat Berlin« am **15. Februar 2013 von 9 bis 16** im GEW-Haus. Programm unter www.gew-berlin.de/bildungslos.htm

MUSIKANTINNEN GESUCHT

Die GEW-Sambagruppe sucht weitere Mitglieder: Jung oder alt, mit oder ohne Percussionserfahrung. Wir proben jeden **Donnerstag von 16.30 bis 18 Uhr** im GROOVE, Fidicinstr.3. Wir spielen Samba-Reggae, Bajao, Afoxé. Kontakt: samba@gew-berlin.de

BRAUCHT DIE INKLUSIVE SCHULE NOCH DAS LEHRAMT SONDERPÄDAGOGIK?

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Vera Moser (Humboldt-Universität), Heike Sprössel (Fachgruppe Sonderpädagogik der GEW BERLIN), studentische VertreterIn des Instituts für Rehabilitationswissenschaften der HU, VertreterIn der Senatsbildungsverwaltung. Moderation: Laura Pinnig (Leiterin Vorstandsbereich Hochschule / LehrerInnenbildung der GEW BERLIN) am **Mittwoch, 27. Februar um 17.30 Uhr** im GEW-Haus.

FIT FOR THE JOB

Wenn Du in Kürze Deine Ausbildung zur ErzieherIn beendest, möchtest Du bestimmt wissen, wie viel Geld Du verdienen kannst oder worauf Du beim Arbeitsvertrag achten musst. Das alles erfährst Du am **Donnerstag, 7. März 2013 ab 9 Uhr** im GEW-Haus. Programm und Anmeldung (bis 25. Februar) unter www.gew-berlin.de/fit_for_the_job.htm